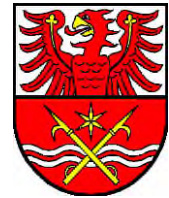


Landkreis Märkisch-Oderland

Der Landrat



Landratsamt – Klosterstraße 14 – 15344 Strausberg

MIKAVI Planung GmbH
Frau Kathleen Wibranek
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Fachbereich: III
Amt: Bauordnungsamt
Fachdienst: Technische Bauaufsicht
Dienstort: 15344 Strausberg
Klosterstraße 14
Auskunft erteilt: Frau Schmidt
Durchwahl: 03346 850 7537
Telefax: 03346 850 7509
E-Mail: Jasmin_Schmidt@landkreismol.de
AZ: 63.30/02722-24
Strausberg, 03.09.2024

Antragsteller: Amt Lebus, Bartsch

Grundstück: Lebus, ~
Gemarkung Wulkow b. Booßen, Flur 2, Flurstücke 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 76, 77, 176

Vorhaben: 8. Änderung FNP der Stadt Lebus gem. § 4 Abs. 1 BauGB als
Träger öffentlicher Belange

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 23.07.2024 haben Sie uns im 8. Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch beteiligt.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung wurden die Fachämter des Landkreises Märkisch-Oderland zur Stellungnahme zu dieser Planung aufgefordert.

Beiliegend erhalten Sie die eingegangenen Stellungnahmen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Schmidt
Sachbearbeiterin Bauplanungsrecht

Anlagen Stellungnahmen

- Untere Bodenschutzbehörde
- Wirtschaftsamt
- Untere Naturschutzbehörde
- Amt für Landwirtschaft FD Agrarentwicklung
- FD untere Abfallwirtschaftsbehörde
- Bauordnungsamt
- Straßenverkehrsamt
- Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde

per E-Mail an MIKAVI, Stadt Lebus

Für den verbindlichen elektronischen Rechtsverkehr mit dem Landkreis Märkisch-Oderland steht Ihnen die E-Mail-Adresse poststelle@landkreismol.de zur Verfügung. Informationen unter :<http://www.maerkisch-oderland.de/kontakt>. Alle anderen E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Internet: www.maerkisch-oderland.de

Allgemeine Sprechzeiten:

Di. 9 – 12; 13 – 18 Uhr
Fr. 9 – 12 Uhr

Bankverbindung: Sparkasse Märkisch-Oderland

IBAN: DE04 1705 4040 0020 0671 19

BIC: WELADED1MOL

Steuerangaben:

064/149/04295

UST-ID-Nr.: DE155877679

Hausinterne Mitteilung/Vermerk

Landkreis Märkisch-Oderland

Im Hause
Bauordnungsamt
Herr Schebitz
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Fachbereich: III
Amt: Straßenverkehrsamt
Fachdienst: Verkehrsorganisation
Dienstort: 15344 Strausberg
Am Biotop 12
Auskunft erteilt: Frau Rother
Durchwahl: 03346 850 8118
Telefax: 03346 850 8129
E-Mail: verkehrsorganisation@landkreismol.de

Az: 36.81.06 / 2024U00354
Datum: 07.08.2024

Ihr Zeichen: 02722-24

Anfrage vom: 29.07.2024

Eingegangen am: 29.07.2024

Ort / Ortsteil: Lebus / Wulkow b. Booßen

2

176, 66, 67, 68, 69, 70, 71,
72, 76, 77

8. Änderung FNP der Stadt Lebus - „Enerparc – Solarpark Wulkow - Booßen“

Antragsteller: Amt Lebus
Der Amtsdirektor

Seitens der Straßenverkehrsbehörde bestehen gegen das geplante Vorhaben grundsätzlich keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

Rother

Hausinterne Mitteilung/Vermerk

Landkreis Märkisch-Oderland

Frau
Jasmin Schmidt
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Fachbereich: III
Amt: Bauordnungsamt
Fachdienst: RBA/Untere Denkmalschutzbehörde
Dienstort: 15344 Strausberg
Klosterstraße 14
Auskunft erteilt: Herr Wendt
Durchwahl: 03346 8507564
Telefax: 03346 8507509
E-Mail: denkmalschutz@landkreismol.de
Aktenzeichen: **63.30/70612-24**
Strausberg, 16.08.2024

Antragsteller: Amt Lebus, Bartsch
Grundstück: Lebus, ~
Gemarkung Wulkow b. Booßen, Flur 2, Flurstücke 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 76, 77, 176
Vorhaben: 8. Änderung FNP der Stadt Lebus gem. § 4 Abs. 1 BauGB als
hier: Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

1 Vorbemerkungen

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

A. Allgemeine Angaben

Stadt/ Gemeinde/ Amt Lebus
x Flächennutzungsplan
O Bebauungsplan „8. Änderung FNP der Stadt Lebus gem. § 4 Abs. 1
BauGB hier: Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren“
O Satzung über den VEP
O sonstige

Fristablauf für die Stellungnahme am: 02.09.2024

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

Absender: Landkreis Märkisch-Oderland
Bau- und Bodendenkmalpflege
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Datum : 16.08.2024
Telefon : 03346 8507564
FAX. : 03346 8507509
Bearbeiter : Herr Wendt

allgemeine Sprechzeiten: Dienstag 09:00 – 12:00 und 13:00 – 18:00 Uhr Freitag 09.00 – 12.00 Uhr. Für den verbindlichen elektronischen Rechtsverkehr mit dem Landkreis Märkisch-Oderland steht Ihnen die E-Mail-Adresse poststelle@landkreismol.de zur Verfügung. Informationen unter : <http://www.maerkisch-oderland.de/kontakt>. Alle anderen E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Internet: www.maerkisch-oderland.de

- ☐ keine Äußerung
- ☒ Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

Einwendung: im Bereich des o. g. Vorhabens befindet sich das registrierte Bodendenkmal 60547, Wulkow bei Booßen 1, Siedlung Urgeschichte

1. Rechtsgrundlage: Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24. Mai 2004 §§2, Abs.5 und 7 Abs.3, 9
 2. Möglichkeiten der Überwindung: Das o. g. Bodendenkmal ist in die Planung aufzunehmen und zu berücksichtigen.
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:
- ☐ Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Gez. Wendt
SB untere Denkmalschutzbehörde



Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme

Bauordnungsamt

Herr Schebitz

DO Strausberg

Fachbereich: IV
Organisationseinheit: Amt für Landwirtschaft und Umwelt
Fachdienst: Untere Abfallwirtschafts- und Untere Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB)
Untere Bodenschutzbehörde (UBB)
Dienstort: Seelow
Auskunft erteilt: Herr Berger
Durchwahl: 03346 850 - 7341
Telefax: 03346 850 - 6309
E-Mail: bodenschutzbehoerde@landkreismol.de

AZ: 02722-24

Datum: 2. September 2024

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt: Lebus

Vorhaben: Errichtung Photovoltaikanlagen (PV)

☐ Flächennutzungsplan

8. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Lebus (Stand Vorentwurf Mai 2024) für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan (VBP) „Enerparc – Solarpark Wulkow - Booßen“

Gemarkung: Wulkow bei Booßen

Flur: 2

Flurstücke: 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 76, 77, 176

☐ Bebauungsplan

☐ Satzungen

☐ Vorhaben- und Erschließungsplan

☐ sonstige Satzung

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

Untere Bodenschutzbehörde (UBB)

Az. UBB: 32.31.01/0002

Aus Sicht der UBB bestehen gegen die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Lebus keine Einwände.





1. Auflagen

- 1.1 Das Vorhaben ist nach den geltenden, allgemein anerkannten Regeln der Technik so durchzuführen, dass eine schädliche Bodenveränderung (Bundes-Bodenschutzgesetz, § 7 BBodSchG¹) ausgeschlossen werden kann. D. h. es hat ein sparsamer und schonender Umgang mit Boden sowie der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Stoffe, durch Erosion und durch Verdichtungen zu erfolgen (DIN 18915, DIN 19731 und DIN 19639). Die Flächeninanspruchnahme ist auf das Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere für Flächen, die für den Rückbau der Freiflächenanlage zusätzlich zur bestehenden Flächeninfrastruktur in Anspruch genommen werden. Für den Rückbau (zusätzlich zur bestehenden Infrastruktur) in Anspruch genommene Flächen müssen Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Böden vor Verdichtung und Vernässung, Stoffeinträgen und Verschmutzung sowie Erosion zu schützen.

Baustelleneinrichtungsflächen müssen ausreichend dimensioniert werden (Lagerkapazität, Maschinenbewegung auf den Flächen).

Der zur Errichtung von Wechselrichtern, Trafo und Kabelgräben erforderliche Bodenabtrag ist zwischenzulagern, vor Verdichtung und Verunreinigung zu schützen und möglichst am Standort wieder einzubauen. Die Fläche des Eingriffs oder der temporären Beanspruchung ist möglichst gering zu halten. Erdaushub soll möglichst vermieden werden. Vorhandene Oberbodenschichten dürfen nicht unnötig abgeschoben werden. Noch vorhandene, natürliche Böden dürfen nur im trockenen Zustand und möglichst nur mit leichten Baumaschinen befahren werden. Schädliche Stoffeinträge in das Erdreich sind zum Schutz des Grundwassers und des Bodens zu vermeiden. Das Befahren von Bautabuflächen, insbesondere zukünftiger Ausgleichsflächen, ist auszuschließen. Unvermeidbare Verdichtungen des Bodens durch den Baustellenbetrieb sind zu ermitteln und durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.

- 1.2 Sollten umweltrelevante und/oder organoleptische Auffälligkeiten (Farbe, Geruch, Beschaffenheit, Material) im Boden, Bausubstanz und/oder Grundwasser festgestellt werden, sind diese gemäß § 31 BbgAbfBodG² der UBB zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise umgehend zur Kenntnis zu geben.
- 1.3 Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Bodenverdichtungen und daraus resultierenden Vernässungen und Veränderungen der physikalischen Bodeneigenschaften zu ergreifen. Die Flächen sind in Abhängigkeit ihrer Inanspruchnahme beim Rückbau zu präparieren. Bodenschonendes Arbeiten auf und mit Bodenmaterial kann nur bei ausreichend trockenen Witterungsbedingungen und Bodenverhältnissen sowie bei Bodenfrost erfolgen. Nach Möglichkeit sind Maschinen mit möglichst geringem Gesamtgewicht und möglichst geringer Bodenpressung einzusetzen. Maschinen mit hohem Gesamtgewicht und hoher Flächenpressung dürfen nur in Verbindung mit Maßnahmen zum Schutz von Böden vor Verdichtungen eingesetzt werden. Schutzmaßnahmen zum Maschineneinsatz dienen dazu, den Druckeintrag in den Boden zu verringern und Verdichtungen und Vernässungen zu vermeiden. Auf ungeschütztem Boden sind Maschinen mit bodenschonenden Laufwerken (Kettenfahrzeuge mit möglichst geringem Gesamtgewicht und niedriger Flächenpressung oder Radfahrzeuge mit Breit- und Terrareifen) einzusetzen. Die Grenzen der Befahrbarkeit und Bearbeitbarkeit von Böden sowie die spezifische Maschineneinsatzgrenze können nach DIN 19639 (2019) in Abhängigkeit von Bodenfeuchte und Konsistenzbereichen ermittelt werden.
- 1.4 Es ist eine bodenkundliche Baubegleitung im Rahmen des Rückbaus zu beauftragen (DIN 19639) die mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Person muss





über die notwendige Sach- und Fachkunde verfügen und diese nachweisen. Die mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Person ist der Genehmigungsbehörde vor Beginn des Rückbaus zu benennen. Die bodenkundliche Baubegleitung muss der Genehmigungsbehörde regelmäßig Bericht erstatten. Die bodenkundliche Baubegleitung ist mit der Erstellung des vorhabenbezogenen Bodenschutzkonzeptes zu realisieren.

- 1.5 (De-)Montage- und Lagerflächen sind vollständig zurückzubauen. Zuwegungen und Kabeltrassen sind, soweit sie keine andere Verwendung außerhalb der zurückzubauenden Freiflächenanlage haben, vollständig zurückzubauen. Versiegelte Bereiche sind vollständig zurückzubauen. Baustoffe, -abfälle, sonstige Verunreinigungen und auf/ in den Boden eingebrachte, standortfremde Materialien sind vollständig zu entfernen. Auf allen zurückgebauten Flächen sind Verdichtungen im Untergrund zu lockern, sobald dies die aktuelle Bodenfeuchte zulässt. Die Wiederherstellung der Bodenfunktion ist sicherzustellen (§ 2 BBodSchG¹), schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen (§ 10 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG¹).
- 1.6 Aufbereitung/Wiederherstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht zur vollständigen Wiederherstellung der Bodenfunktionen ist gemäß §§ 6-7 BBodSchV³ für beanspruchte Flächen zu realisieren.
- 1.7 Es sind Maßnahmen zum Schutz des Bodens und des Grundwassers vor Schadstoffeinträgen, ausgehend von Betriebsmitteln der Freiflächenanlagen oder Maschinen, zu ergreifen. Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Einträgen von Fremdstoffen und Verunreinigungen in Form von Baustoffen oder Bauabfällen, insbesondere durch Vermischen derselben mit Bodenmaterial, zu ergreifen. Wassergefährdende Stoffe dürfen nicht auf ungeschütztem Boden gelagert werden. Maschinen dürfen nicht auf ungeschütztem Boden geparkt oder betankt werden. Maschinen müssen vor jeder Benutzung auf die Dichtheit aller Leitungssysteme mit wassergefährdenden Stoffen geprüft werden. Es ist ein Lagerort für eine ausreichende Menge an Bindemittel auszuweisen und das Baustellenpersonal darüber zu informieren. Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind Auffangwannen einzusetzen.
- 1.8 Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Bodenerosion zu ergreifen, insbesondere für Flächen in Hanglage und mit fehlender Begrünung. Auf erosionsgefährdeten Flächen ist für eine geregelte Wasserhaltung, durch eine gezielte Ableitung von Wasser aus dem Baufeld mittels Grabensystem, sowie Sammeln und Abpumpen des Wassers zu sorgen. Auf erosionsgefährdeten Flächen sorgt eine rasche Begrünung für einen Schutz vor Erosion. Bodenmieten müssen bei längerer Lagerungsdauer aktiv (Ansaat) begrünt werden.
- 1.9 Nach Fertigstellung der Photovoltaikanlagen hat ein Rückbau der nicht mehr erforderlichen Ausbauten zu erfolgen, mithin auch der Bau- und Nebstellflächen sowie die für die Errichtung der Photovoltaikanlagen notwendigen Montageflächen. Die Wiederherstellung der Bodenfunktion ist sicherzustellen (§ 2 BBodSchG¹), schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen (§ 10 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG¹).
- 1.10 Der Rückbaubeginn sowie der Rückbauabschluss ist unaufgefordert der UBB anzuzeigen.

2. Hinweise

- 2.1 Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so





weit wie möglich vermieden werden und dem Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ist vorzubeugen, indem Bodeneinwirkungen vermieden oder nach Möglichkeit vermindert werden (§ 1 BBodSchG¹).

- 2.2 Das Baugesetzbuch³ fordert seit dem 20.07.2004 eine Verpflichtungserklärung des Vorhabenträgers bzw. Bauherrn zum Rückbau der Anlage nach dauerhafter Aufgabe der Nutzung als Voraussetzung für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit im Außenbereich (§ 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB³). Diese Verpflichtung zum Rückbau umfasst grundsätzlich die gesamte bauliche Anlage einschließlich aller Nebenanlagen und die Beseitigung aller Bodenversiegelungen einschließlich der Gründungsbauteile.
- 2.3 Bei Vorhaben, bei denen auf einer Fläche von mehr als 3 000 Quadratmetern Materialien auf oder in die durchwurzelbare Bodenschicht auf- oder eingebracht werden, Bodenmaterial aus dem Ober- oder Unterboden ausgehoben oder abgeschoben wird oder der Ober- und Unterboden dauerhaft oder vorübergehend vollständig oder teilweise verdichtet wird, kann die für die Zulassung des Vorhabens zuständige Behörde im Benehmen mit der für den Bodenschutz zuständigen Behörde von dem nach § 7 Satz 1 des BBodSchG¹ Pflichtigen die Beauftragung einer bodenkundlichen Baubegleitung nach DIN 19639 im Einzelfall verlangen (§ 4 Absatz 5 BBodSchV³).
- 2.4 Im Bereich der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Lebus liegen nach derzeitigem Kenntnisstand keine Altlastverdächtigen Flächen, Altlaststandorte und Altablagerungen. Es sind keine schädlichen Bodenveränderungen bekannt.

Bei Feststellung ist Punkt 1.2 dieser Stellungnahme zu veranlassen.

- 2.5 Es besteht generell das Erfordernis bei zukünftigen baurechtlichen Genehmigungsverfahren (Baumaßnahmen/Rückbaumaßnahmen), einschließlich gesamtheitlicher Erschließungsmaßnahmen die UBB vorab zu beteiligen, um ggf. erforderliche Gefahrenabwehrmaßnahmen für die Schutzgüter menschliche Gesundheit, Boden, Grundwasser zu ermitteln.
- 2.6 Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden und dem Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ist vorzubeugen, indem Bodeneinwirkungen vermieden oder nach Möglichkeit vermindert werden (§ 1 BBodSchG¹).
- 2.7 Diese Stellungnahme wurde am Stichtag der Erstellung mit allen dem Landkreis Märkisch-Oderland – Umweltamt – UBB zur Verfügung stehenden Informationen – ALKATOnline Altlastenkataster des Landes Brandenburg – Landesamt für Umwelt erstellt. Dennoch ist jegliche Haftung ausgeschlossen, alle Angaben erfolgen ohne Gewähr auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität.
- 2.8 Die Bauausführenden sind über die Auflagen und Hinweise zu informieren.
- 2.9 Die UBB behält sich die Anordnung von weiteren Maßnahmen vor.
- 2.10 Bei Veränderungen der dem Antrag auf Erteilung der Stellungnahme zugrundeliegenden Angaben, Unterlagen und abgegebenen Erklärung wird diese ungültig. Durch diese Stellungnahme werden die aus anderen Rechtsgründen etwa erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen oder Anzeigen nicht berührt oder ersetzt.





Gez.

Berger SB Altlasten und Bodenschutz



¹ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), Zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)

² Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG), Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes*) vom 20. Juni 2024

³ Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221) geändert worden ist

⁴ Umweltinformationsgesetz (UIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1643), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist"

⁵ Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) "Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)" Ersetzt V 2129-32-1 v. 12.7.1999 | 1554 (BBodSchV)

Name: Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme	Nummer: MOL 10.4/0008	Version: 01.0
---	--------------------------	------------------





Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme

BOA
DO SRB

Fachbereich: IV
Amt: Amt für Landwirtschaft und Umwelt
Fachdienst: Untere Naturschutzbehörde (UNB)
Dienstort: Seelow
Auskunft erteilt: Frau Schütze
Durchwahl: 03346 850-7322
Telefax: 03346 850-7309
E-Mail: cornelia_schuetze@landkreismol.de
AZ: 63.30/02722-24

Datum: 08. August 2024

1. Allgemeine Angaben:

Stadt/Gemeinde/Amt: Amt Lebus, Stadt Lebus

8. Änderung FNP

Frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen TÖB zum Vorentwurf Stand 05/24

2. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

Bezeichnung des Trägers Öffentlicher Belange:

Untere Naturschutzbehörde, Landkreis Märkisch-Oderland

3. Einwendungen (E) mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, mit Begründung (B) und Rechtsgrundlage (R)

Erforderlicher Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Artenschutz

Im Planverfahren ist zu prüfen ob artenschutzrechtliche Anforderungen bestehen. Nach § 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besteht ein allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen. § 44 regelt die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte Tier- und Pflanzenarten.

Die Gemeinde muss sich bereits bei der Aufstellung des FNP mit den artenschutzrechtlichen Anforderungen der Verbote auseinandersetzen, wenn bereits auf dieser Ebene artenschutzrechtliche Konflikte erkennbar sind. Weist der FNP auf artenschutzrechtliche Konflikte hin, muss eine Auseinandersetzung mit diesen Anforderungen im Rahmen der Bebauungsplanung erfolgen.

(R) §§ 39, 44, 67 BNatSchG

Möglichkeiten der Überwindung: keine





Landschaftsplanung

Landschaftspläne sind nach § 11 (2) BNatSchG aufzustellen, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind (Planungspflicht für Landschaftspläne).

Wesentliche Veränderungen können z.B. von großflächigen Inanspruchnahmen für die bauliche Nutzung (Freiflächenphotovoltaik, Windkraft, Wohn-/Gewerbe-/Industriegebiete) ausgehen. Mit der Aufstellung oder der Änderung des FNP sind die Voraussetzungen des § 11 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG in der Regel erfüllt.

Die Aufstellungspflicht nach § 11 Abs. 2 BNatSchG besteht auch dann, wenn für das Plangebiet noch kein Landschaftsrahmenplan oder Regionalplan vorliegt (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 1 und 2 BNatSchG).

Die in den Landschaftsplänen für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind in der Abwägung nach § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuches zu berücksichtigen und können als Darstellungen oder Festsetzungen nach den §§ 5 und 9 des Baugesetzbuches in die Bauleitpläne aufgenommen werden.

Landschaftspläne sind mindestens alle zehn Jahre daraufhin zu prüfen, ob und in welchem Umfang mit Blick auf die in Absatz 2 Satz 1 genannten Kriterien eine Fortschreibung erforderlich ist. Der in der Stadt vorliegende Landschaftsplan ist älter als 10 Jahre und wurde bislang nicht aktualisiert / fortgeschrieben.

Diese Prüfung beinhaltet nach § 9 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 BNatSchG auch die Richtigkeit der Angaben über den vorhandenen und zu erwartenden Zustand von Natur und Landschaft (Aktualität). Die Angaben müssen nach wie vor inhaltlich richtig sein; das betrifft insbesondere das Vorkommen von Arten und Lebensgemeinschaften, aber auch methodisch müssen sie dem Stand der Technik und den aktuellen Vorgaben der Landschaftsrahmenpläne entsprechen.

Fehlt ein aktueller und dem Stand der Technik entsprechender Landschaftsplan kann dies dazu führen, dass bei Planungen und Entscheidungen, die zu wesentlichen Veränderungen von Natur und Landschaft führen, der öffentliche Belang des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht adäquat in der Abwägung berücksichtigt werden kann.

Der Landschaftsplan kann nicht durch informelle Gutachten oder Beiträge ersetzt werden.

Bei einer gemeindlichen Entscheidung über den Umgang mit diesen Regelungen ist zu beachten, dass die Umweltprüfung nach dem BauGB nicht der hier benannten Landschaftsplanung aus dem BNatSchG gleichzusetzen ist.

Die Planungsansätze als auch die rechtlichen Anforderungen unterscheiden sich. Mit der Umweltprüfung werden die vorhaben- bzw. änderungsbezogenen Planungen auf ihre Auswirkungen auf alle Umweltschutzgüter geprüft. Die Umweltprüfung richtet sich an die konkrete Planung.

Die Landschaftsplanung, als Planungsinstrument der Gemeinde, gibt im Unterschied dazu ihr die Möglichkeit für ihr Gemeindegebiet als auch themenbezogen vorhabenunabhängige Grundsätze zu den ihrerseits erforderlichen Anforderungen an Natur und Landschaft festzusetzen und den einzelnen Vorhaben zuzuordnen.





(R) §§ 9, 11 BNatSchG, § 5 BbgNatSchAG

Möglichkeiten der Überwindung: Aufstellung/ Aktualisierung / Fortschreibung des Landschaftsplans

Verfügbarkeit von umweltbezogenen Informationen für das Plangebiet

Meiner Behörde liegen keine weitergehenden Informationen vor.

Mitteilung zu anderen, bereits vorliegenden oder in Durchführung befindlicher Umweltprüfungen bzw. UVP

Meiner Behörde liegen keine weitergehenden Informationen vor.

4. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlagen:

Die mit der Planung betroffenen Belange von Natur und Landschaft werden abgestuft im parallel aufzustellenden Bebauungsplan (BP) abgearbeitet. Dieser liegt bislang für das SO Solarenergie im Vorentwurf vor und ist in dieser Planungsphase noch zu qualifizieren. Ob die Planung zum BP sich auf die hier zu beurteilende Änderung des FNP auswirkt, kann zum derzeitigen Planungsstand nicht abschließend beurteilt werden.

Sind jedoch mit der verbindlichen Planung Belange betroffen, die im vorbereitenden Plan Beachtung finden sollten (wie u.a. bei Erfordernis Zuordnung von Flächen für Maßnahmen zum Ausgleich oder CEF-Maßnahmen) ist dieser entsprechend anzupassen.

(R) § 13 ff., §§ 39, 44, 45, 67 BNatSchG; § 1a BauGB

Möglichkeiten der Überwindung: keine

gez. Schütze

Bauordnungsamt
Frau Schmidt
AZ.: 63.30/2722-24

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt: Lebus

[X] Flächennutzungsplan

8. Änderung FNP Stadt Lebus
Stand: Vorentwurf, Mai 2024

Lebus

Gemarkung: Wulkow b. Booßen

Flur: 2

Flurstücke: 66-72, 76, 77, 176

- ☐ Bebauungsplan
- ☐ Satzung nach BauGB
- ☐ Vorhaben- und Erschließungsplan
- ☐ sonstige Satzung

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

untere Abfallwirtschaftsbehörde (uAWB)

Absender: Landkreis Märkisch-Oderland, FB IV
Amt für Landwirtschaft und Umwelt
uAWB
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

Datum: 02.09.2024
Tel.: 03346/8507342
Fax: 03346/8506309
Bearbeiter: Hr. Unger
Az.: 32.32.01/02-24-0061

- ☐ Keine Äußerung

[X] Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:

1. Einwendungen: **Keine**

...

2. Rechtsgrundlage:

...

3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiung):

...

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

[X] Hinweise und Anmerkungen, Forderungen, Bedenken aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan:

Seitens der uAWB bestehen gegen diese Entwurfsfassung keine grundlegenden abfallrechtlichen Einwände.

Gemäß §§ 23 und 24 BbgAbfBodG sind auf den Plangrundstücken illegal abgelagerte oberflächliche Abfälle sowie bei Eingriffen unterhalb der Geländeoberkante festgestellte/geförderte organoleptische Auffälligkeiten/freigelegte Abfallfraktionen uAWB zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise umgehend anzuzeigen.

Es besteht das Erfordernis der Beteiligung der uAWB an den folgenden baurechtlichen Genehmigungsverfahren, einschließlich gesamtheitlicher Erschließungsmaßnahmen.

Rechtsgrundlagen:

Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen - Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), vom 24.02.2012, BGBl. I S. 212, das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist

Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997 (GVBl. I S. 40) in der gültigen Fassung

J. Unger

**Beteiligung Behörden und Träger öffentlicher Belange
an Bauleitverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren
§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch**

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt

Stadt Lebus

☒ **Flächennutzungsplan**

8. Änderung FNP der Stadt Lebus

☐ **Bebauungsplan**

☐ **Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan**

☐ **sonstige Satzung**

Fristablauf für die Stellungnahme am: 06.09.2024

Eingangsbestätigung am: 29.07.2024

B. Stellungnahme der Behörde:

Bezeichnung der Behörde: Landkreis Märkisch-Oderland

Abs.:

Landratsamt Märkisch-Oderland
Der Landrat
Bauordnungsamt
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

Datum: 03.09.2024
Telefon: 03346 850 7537
Fax: 03346 850 7509
Bearb.: Schmidt
AZ.: 02722-24

C. Einwendungen (E) mit rechtlicher Verbindlichkeit auf Grund fachgesetzlicher Regelungen jeweils mit Begründung (Bgr), Rechtsgrundlagen (Rgl) und Möglichkeiten der Überwindung (Ü) sowie beabsichtigte eigene Planungen (P), die den o.g. Plan berühren können und Anregungen (A) der Ämter des Landkreises:

Bauordnungsamt/Bauplanungsrecht

Seitens des Bauplanungsrechts bestehen keine Einwände

Bitte beachte Sie die Stellungnahmen des Amtes für Landwirtschaft, der Unteren Denkmalschutzbehörde, des Wirtschaftsamtes, der Unteren Naturschutzbehörde, der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde, der Unteren Bodenschutzbehörde sowie des Straßenverkehrsamtes im weiteren Verfahren.

Im Auftrage

Schmidt



FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen []

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde

Amt Lebus

☒ **Flächennutzungsplan:**

8. Änderung FNP der Stadt Lebus gem. § 4 Abs. 1 BauGB

☐ **Bebauungsplan:**

☐ **vorhabenbezogener Bebauungsplan:**
(Vorhaben- und Erschließungsplan)

☐ **sonstige Satzung:**

Fristablauf für die Stellungnahme am: 02.09.2024

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

Landkreis Märkisch-Oderland

Abs.: Landratsamt Märkisch-Oderland
Der Landrat
Amt für Landwirtschaft und Umwelt
FD Agrarentwicklung
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

Datum: 22.08.2024
Telefon: 03346 850 6316
Fax: 03346 850 6309
Bearb.: M. Brandenburg
AZ.: 63.30/02722-24

☐ Keine Einwendungen

☐ Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendung:
2. Rechtsgrundlage:
3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiungen):

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

☒ **Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:**

Die Gemeindevertreter der Stadt Lebus haben 2024 die Aufstellung der 8. Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Der Änderungsbereich umfasst den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Parallelverfahren Az: 63.30/02719-24) "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen".

Die betroffene Fläche ist im derzeit rechtskräftigen Flächennutzungsplan als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen.





Im Geltungsbereich des vbB-Planes soll Baurecht für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage mit der Ausweisung eines „Sondergebietes *„Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“*“ auf einer Fläche von etwa 30 ha geschaffen werden.

Aus landwirtschaftlicher Sicht ist auf Folgendes hinzuweisen:

Die Ertragsfähigkeit aller landwirtschaftlichen Nutzflächen liegt im Land Brandenburg je Hektar im Durchschnitt bei einer Ackerzahl von unter 35. Bei den hier betroffenen Flächen handelt es sich um Ackerflächen von zum Teil **höherer** Qualität und damit um landwirtschaftlich leistungsfähige Böden. Die Böden der betroffenen Flächen weisen überwiegend **Ackerzahlen zwischen 30-50 Bodenpunkten** (39 Bodenpunkte im Mittel) auf.

In diesem Zusammenhang ist auf das „Landschaftsprogramm Brandenburg“ hinzuweisen. Darin heißt es unter Punkt 3.2.2: *„Landwirtschaftlich leistungsfähige Böden sind vor anderer Flächeninanspruchnahme zu sichern.*

Für die Neuinanspruchnahme von Boden in diesem Raum sollten strenge Maßstäbe an den Bedarfsnachweis angelegt werden.“

Auf leistungsstarken Ackerflächen, wie diesen, muss grundsätzlich die Produktion von Nahrungsmitteln bzw. Futtermitteln Vorrang haben.

Für die Solarnutzung sollten vorrangig Dächer, versiegelte Flächen oder Konversionsflächen genutzt werden. Auch sollte die Möglichkeit einer kombinierten Nutzung, aus Solar **und** landwirtschaftlicher Nutzung (Agri-PV – *was einerseits aus förderrechtlicher Sicht interessant erscheint und darüber hinaus einen probaten Weg zum Umgang mit der Flächenkonkurrenz darstellt*), erwogen werden.

Aufgrund des ersatzlosen Flächenentzuges und damit des Verlustes von landwirtschaftlich-ertragsreicher Nutzfläche, welche eine knappe und schützenswerte Ressource darstellt, kann die vorliegende FNP - Änderung unter landwirtschaftlichen Gesichtspunkten **nicht befürwortet werden**.

Rechtsgrundlagen: § 1 Baugesetzbuch (BauGB), § 2 Abs. 2 Nr. 4 Raumordnungsgesetz (ROG), Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro), Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR),

22.08.2024
Datum, Unterschrift

gez. M. Brandenburg

Name: Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme	Nummer: MOL 10.4/0008	Version: 01.0
---	--------------------------	------------------



FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen []

A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt

Lebus/ Wulkow b. Booßen

[X] Flächennutzungsplan

8. Änderung FNP der Stadt Lebus
gem. § 4 Abs. 1 BauGB, TÖB im
Bereich vBP „Enerparc-Solarpark
Wulkow-Booßen“

[] Bebauungsplan/ Planungsanzeige

[] Vorhabenbezogener Bebauungsplan/

[] sonstiges

Fristablauf für die Stellungnahme am:

02.09.2024

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

Wirtschaftsamt

Landkreis Märkisch-Oderland

Abs.: Landratsamt Märkisch-Oderland

Datum: 29.07.2024

Telefon: 03346/850-7612

Fax: 03346/850-7609

Wirtschaftsamt

Bearb.: Herr Salabarria

Puschkinplatz 12

AZ.: 61.14.14/257.24

15306 Seelow

AZ.-BOA: 63.30/02722-24

Anmerkung :

Räumliche Kreisentwicklung:

Mit der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die Voraussetzungen für die Entwicklung einer insgesamt ca. 29,7 ha großen Freiflächen-Photovoltaikanlage auf bisher überwiegend landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen im Stadtgebiet von Lebus/ OT Wulkow geschaffen werden.

Der Ausbau von Erneuerbaren Energien ist erklärtes energiepolitisches Ziel des Landes Brandenburg. Dies wird auch mit den Leitlinien des fortgeschriebenen Regionalen Energiekonzeptes 2021 der Region Oderland-Spree und dem aufgeführten Handlungsfeld „Erneuerbare Energien“ bekräftigt.

Die Nutzung regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe an raumverträglichen Standorten soll entsprechend den regionalen Zielvorstellungen zu einer nachhaltigen und integrierten ländlichen Entwicklung führen.

Nach der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) tangiert der Vorhabenstandort den Freiraumverbund nach Z 6.2. LEP HR. Die abschließende Beurteilung obliegt der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg.

Gemäß 8.1 (G) LEP HR soll zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch erneuerbare Energien, getroffen werden.

Nach 6.1 (G) LEP HR ist der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. Die Weiterentwicklung von Möglichkeiten der Erzeugung nachhaltiger ökologisch produzierter Landwirtschaftsprodukte ist in Ergänzung zur konventionellen Erzeugung von besonderer Bedeutung.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree hat am 29.01.2024 die Eröffnung des förmlichen Beteiligungsverfahrens zum Entwurf eines Sachlichen Teilregionalplans „Erneuerbare Energien“ (TRP EE) beschlossen. Der TRP EE enthält neben den Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung über Vorranggebiete auch Festlegungen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Die Träger der Bauleitplanung sollen durch Berücksichtigung des Kriteriengerüsts zu einer raumverträglichen Entwicklung von raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) beitragen. Die Bewertung hinsichtlich der Positivkriterien, von Abwägungskriterien oder Negativkriterien (z.B. [N 15] Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden) in Bezug zur geplanten PV-FFA im Plangebiet erfolgt durch die Regionale Planungsstelle Oderland-Spree.

Die mit der Planung beabsichtigte Errichtung einer PV-Freiflächenanlage tangiert intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen mit z.T. guten Bodenzahlen.

Um weitere Raumnutzungskonflikte mit der Landwirtschaft zu vermeiden, sollten für die Solarenergienutzung Flächen mit einer geringen Bodengüte von unter 23 Bodenpunkten betrachtet werden. Bei höheren Bodenpunkten sollte bei der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen die Möglichkeit einer Doppelnutzung (Landwirtschaft und Energieerzeugung/ AGRI-PV) geprüft und wenn technisch möglich umgesetzt werden.

In der Gemeinsamen Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) für Kommunen im Land Brandenburg (Herausgeber: MLUK, MIL und MWAE des Landes Brandenburg, Stand: August 2023) werden AGRI-PV-Anlagen zur Verringerung von Flächenkonkurrenzen als Vorzugslösung empfohlen.

Um die Inanspruchnahme des Freiraumes aus raumordnerischer Sicht zu minimieren, sollte aus Sicht der Kreisentwicklung die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen vorrangig auf Konversionsflächen und Deponien erfolgen.

Aus Sicht des Wirtschaftsamttes bestehen zu den Planvorstellungen (8. Änderung FNP der Stadt Lebus im Bereich vBP „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“) keine grundsätzlichen Bedenken.

02.09.2024



Datum, Unterschrift

Stadt Lebus
- über -
Amt Lebus
Breite Straße 1
15326 Lebus

Nur per Mail:
buerodesamtsdirektors@amt-lebus.de

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

Bearb.: Jens-Uwe Gutsche
Gesch.-Z.: 11-GL5-4613-1-401/2024-
001/001
Tel.: +49 335 606769937
Fax: 0355 60676-3118
Jens-Uwe.Gutsche@gl.berlin-brandenburg.de
Dok.-Nr.: A-2024-00049378
Internet: gl.berlin-brandenburg.de

Frankfurt (Oder), 28. August 2024

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VBP) „Enerparc – Solarpark Wulkow-Booßen“ und 8. Änderung
des FNP Stadt Lebus
GL-Reg.-nr. 0507/2024 und 0321/2003**

Verfahrensschritt: Behördenbeteiligung, Juli 2024

Gemeinde / Ortsteil: Lebus / Wulkow
Kreis: Märkisch-Oderland
Region: Oderland-Spree

Ihre Anfrage vom 23.07.2024 Eingang am 23.07.2024 Ihr Zeichen/Reg.-Nr.: wib/köh_30215

<input checked="" type="checkbox"/>	Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages
<input checked="" type="checkbox"/>	Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
<input type="checkbox"/>	Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:

<input checked="" type="checkbox"/>	Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen
<input type="checkbox"/>	Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung
<input type="checkbox"/>	Anpassung an Ziele der Raumordnung nur unter u. g. Voraussetzungen möglich

Zielemitteilung / Erläuterungen

Die Gemeinde Lebus plant mit dem o. g. VBP die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer großflächigen Freiflächen-Photovoltaikanlage. Der Geltungsbereich des VBP umfasst eine Fläche von ca. 100 ha.

che von rd. 29,7 ha und grenzt im Süden direkt an die Gemeindegrenze von Frankfurt (Oder) an. Als Festsetzungen sind insbesondere vorgesehen, Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie“ und private Grünfläche.

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Lebus ist der Geltungsbereich des VBP derzeit noch als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen und soll im parallellaufenden FNP-Änderungsverfahren in zukünftig Sonderbaufläche (16,9 ha) und Grünfläche (12,8 ha) geändert werden.

Die Gemeinde Lebus befindet sich gemäß dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im Weiteren Metropolenraum (Ziel 1.1).

Auf die eingereichte Planung bezogene Ziele der Raumordnung:

➤ **Z 6.2 LEP HR Freiraumverbund**

Gemäß diesem Ziel ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden sind ausgeschlossen (Absatz 1). Raumbedeutsame Inanspruchnahmen sind nur unter den abschließend genannten Ausnahmebedingungen und definierten Ausnahmetatbeständen möglich (Absatz 2).

Im Westen und Norden des Plangebietes – Bereich des Mühlgraben (gleichzeitig NSG/FFH-Gebiet „Booßener Teichgebiet) – reicht dieses, gemäß der Festlegungskarte des LEP HR, bis unmittelbar an den Freiraumverbund heran. Die vorgesehene umfängliche Ausweisung von privater Grünfläche (12,8 ha) zwischen dem Freiraumverbund und dem Sonstigen Sondergebiet (16,9 ha) kann vorhabensbedingte Auswirkungen nach Westen hin entgegentwirken oder diese zumindest mindern.

➤ **G 6.1 LEP HR – Freiraumentwicklung**

Nach diesem Grundsatz soll der Freiraum in seiner Multifunktionalität erhalten und entwickelt werden. Bei Planungen und Maßnahmen, die Freiraum in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, ist den Belangen des Freiraumschutzes besonderes Gewicht beizumessen. (Abs. 1)

Der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. (Abs. 2)

Aus den eingereichten Unterlagen geht derzeit nicht hervor, ob und wie dem Freiraumschutz und der landwirtschaftlichen Bodennutzung ein besonderes Gewicht beigemessen wurde.

➤ **§ 6 LEPro 2007 – Freiraumentwicklung**

Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft, Pflanzen- und Tierwelt sollen in ihrer Funktions- und Regenerationsfähigkeit sowie ihrem Zusammenwirken gesichert und entwickelt werden. Den Anforderungen des Klimaschutzes soll ebenso Rechnung getragen werden.

Anhand der eingereichten Unterlagen ist gegenwärtig nicht hinreichend erkennbar, inwieweit dem Schutz der v. g. Naturgüter sowie dem Klimaschutz Rechnung getragen werden soll.

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen wird festgestellt, dass Teile des Plangebietes im Westen – im Bereich des Mühlgraben (gleichzeitig NSG/FFH-Gebiet „Booßener Teichgebiet) – an den Freiraumverbund heranreichen.

Aufgrund der planerischen Unschärfe des LEP HR und der vorgesehenen Festsetzung einer Grünfläche im Westen des Geltungsbereichs, kann ein Widerspruch der eingereichten Planung mit Ziel 6.2 LEP HR (Freiraumverbund) nicht festgestellt werden.

Ziele der Raumordnung stehen somit sowohl der eingereichten Planung im Geltungsbereich des v. g. VBP („Enerparc – Solarpark Wulkow-Booßen“) als auch der parallelen 8. Änderung des FNP der Stadt Lebus derzeit nicht entgegenstehen.

Die Beurteilung der Planung hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den hier relevanten Grundsätzen der Raumordnung ist gegenwärtig jedoch nicht abschließend möglich. Hierzu ist im weiteren Planverfahren noch die Befassung (Würdigung und Abwägung) mit diesen Grundsätzen der Raumordnung erforderlich und in den Unterlagen der nachfolgenden Planungsschritte nachvollziehbar darzulegen und zu dokumentieren.

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gibt es von unserer Seite keine Hinweise. Eigene umweltbezogene Informationen liegen bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)

Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRP HV) vom 19.08.2021; in Kraft getreten am 01.09.2021 mit Verkündung im BGBl. Teil I Nr. 57 vom 25.08.2021

Sachlicher Teilregionalplan „Regionale Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte“ der RPG Oderland-Spree, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 42 vom 27.10.2021, S. 812

Entwurf des sachlichen Teilregionalplans (TPR) Erneuerbare Energien der Region Oderland-Spree vom 29.01.2024, öffentliche Auslegung vom 11.03.2024 bis 17.05.2024; im Internet aufrufbar unter <https://www.rpg-oderland-spree.de/regionalplaene/sachlicher-teilregionalplan-erneuerbare-energien>.

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Wir bitten, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form** (E-Mail oder Download-Link) zu senden an unser **Referatspostfach** gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbewertung PLIS@lbv.brandenburg.de.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jens-Uwe Gutsche

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree * Regionale Planungsstelle
Eisenbahnstraße 140 * 15517 Fürstenwalde/Spree

Amt Lebus
Amtdirektor
Herr Bartsch
Breite Straße 1
15326 Lebus

Ansprechperson: Agnese Kusmane
Telefon: 03361 597 33 09
Fax: 03361 598 92 41
E-Mail: post@rpg-oderland-spree.de

Ort, Datum: Fürstenwalde/Spree,
30. Juli 2024

**Regionalplanerische Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan (VBP)
"Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen" und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes im
Parallelverfahren der Stadt Lebus**

Beteiligung und Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange nach §4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrter Herr Bartsch,

die Stadt Lebus plant die Aufstellung eines Bebauungsplans, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) im OT Wulkow zu schaffen. Das Plangebiet umfasst ca. 30 ha und befindet sich auf landwirtschaftlichen Flächen.

Wir bitten um Berücksichtigung der nachfolgenden regionalplanerischen Hinweise.

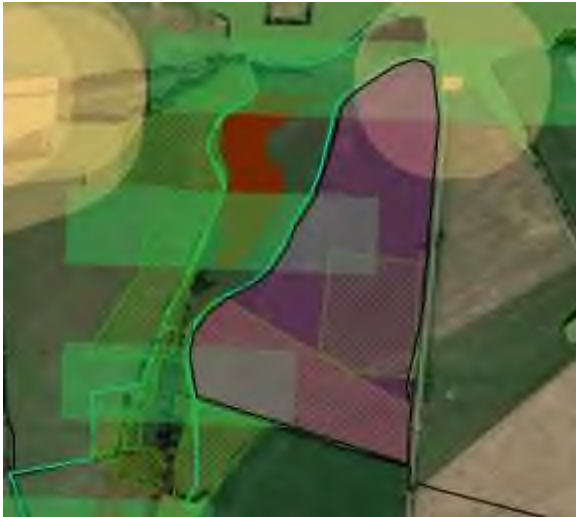
Die Regionalversammlung Oderland-Spree beschloss am 29. Januar 2024 die öffentliche Auslegung des Entwurfs Sachlicher Teilregionalplan „Erneuerbare Energien“ Oderland-Spree (TRP EE) mit Begründung und Umweltbericht (Beschluss-Nr. 24/01/47). Die öffentliche Bekanntmachung über die förmliche Beteiligung zum Entwurf des sachlichen Teilregionalplans „Erneuerbare Energien“ erfolgte am 28.02.2024 (ABl. Nr.8).

In der o. g. Sitzung wurde die Festlegung (**G1**) und das Kriteriengerüst PV-FFA zur Steuerung der Solarenergienutzung auf Freiflächen in dem **TRP EE** beschlossen. Diese finden Sie in der Anlage 1 zum Beschluss Nr. 24/01/47 auf unserer Homepage unter Regionalpläne.

Gemäß **G 1 TRP EE** sollen die Träger der kommunalen Bauleitplanung durch Berücksichtigung des Kriteriengerüsts zu einer raumverträglichen Entwicklung von raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen beitragen.

Das VBP „Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“ befindet sich teilweise auf Flächen [N 15] „Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden“ und [N 04] Vorranggebiet Freiraumverbund Z 6.2 LEP HR. Diese Flächen klassifiziert das Kriteriengerüst PV-FFA als Negativkriterien für die Auswahl des Standorts für PV-FFA. Wir weisen darauf hin, dass die Kriterien N 15 und N 04 im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen sind.

Gemäß **G 6.1 Abs. 2 LEP HR** ist der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. Des Weiteren ist der Freiraumverbund laut **Z 6.2 LEP HR** räumlich und funktional zu sichern. Raumbedeutsame Maßnahmen und Planungen sind in der Regel unzulässig.



Kartographische Analyse des Standortes für PV-FFA (lila) in dem VBP „Enerparc - Solarpark Wulkow-Booßen“.

Kriteriengerüst PV-FFA des TRP EE Oderland-Spree

Status	Legende	Bezeichnung des Negativkriteriums
Teilweise nicht berücksichtigt		[N 15] Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden
Berücksichtigt		[N 11] Waldgebiete
Teilweise nicht berücksichtigt		[N 02] Abstandszone zu Siedlungsgebieten und sonstigen geschützten Nutzungen
Teilweise nicht berücksichtigt		[N 04] Vorranggebiet Freiraumverbund Z 6.2 LEP HR
Berücksichtigt		[N 08] Naturnahe Moorböden
Berücksichtigt		[N 07] Gesetzlich geschützte Biotope

Die Erfordernisse der Landesplanung – LEPro und LEP HR – entnehmen Sie der Stellungnahme der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Rump
Leiter Reg. Planungsstelle

Verteiler GL R5, LK MOL

Dateipfad: R:\TOEB\TOEBSOLAR\Amt Lebus\Stadt Lebus\BP_FNP_PV_FFA_ks_30072024.docx



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/285+6#298764/2024
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 12.08.2024

**8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus
(im Geltungsbereich des vBP "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen")**
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 23.07.2024
- Begründung, 05/2024
- Planzeichnung, 05/2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 12.08.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus (im Geltungsbereich des vBP "Enerparc-Solarpark Wulkow- Booßen"); Landkreis Märkisch Oderland
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Heike Priesner W13 0355 4991 – 1388 Heike.Priesner@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:

Mit dem Gewässer „**Mühlgraben**“ grenzt ein nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtiges oberirdisches Gewässer an das Plangebiet.

Die dazu entsprechende Hinweise / Forderungen entnehmen Sie bitte der Stellungnahme zu dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Enerparc-Solarparc Wulkow-Booßen der Stadt Lebus.

Heike Priesner

Dieses Dokument wurde am 24.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus (im Bereich vBP "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen")
Ansprechpartner*In: Telefon: E-Mail:	Frau Hoffmann 0355 4991 1345 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Planungsziel der 8. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Lebus ist die Änderung der Darstellung einer Fläche für die Landwirtschaft in Sonderbaufläche und Grünfläche.

Im Parallelverfahren erfolgt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Enerparc - Solarpark Wulkow – Booßen“ der Stadt Lebus.

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Es wird auf die Stellungnahme des LfU, Belang Immissionsschutz, zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Enerparc - Solarpark Wulkow – Booßen“, insbesondere auf die darin enthaltenen Hinweise zu den Auswirkungen durch schwere Unfälle, verwiesen (im Parallelverfahren).

Im Umweltbericht zur 8. Änderung des FNP sind u.a. die für das Schutzgut Mensch und seine Gesundheit relevanten Auswirkungen zu ermitteln und zu bewerten. Detaillierte Betrachtungen/Untersuchungen können im Sinne einer Abschichtung im Umweltbericht zum verbindlichen Bauleitplan durchgeführt werden.

Dieses Dokument wurde am 12.08.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Bodendenkmalpflege /
Archäologisches Landesmuseum

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

MIKAVI Planung GmbH
Frau Lisa Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

mk EINGEGANGEN AM 12. AUG. 2024 *[Signature]*

Wünsdorfer Platz 4-5
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Internet: www.bldam-brandenburg.de

Dezernat Bodendenkmalpflege
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /
Braunkohle
Bearbeiterin: Dr. Julia Braungart
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06
Durchwahl: 03 37 02 / 211 15 71
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01
E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de

Wünsdorf, den 7. August 2024

Ihr Zeichen
wib/köh_30215

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)
GV 2024:279

**Vorentwurf vorhabenbezogener Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ der Stadt Lebus und
Vorentwurf 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus**

Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrte Frau Köhn,

im Bereich des o. g. Vorhabens ist **derzeit ein Bodendenkmal** im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert (siehe Anlage).¹

BD 60547 Wulkow bei Booßen 1 Siedlung Urgeschichte

Laut Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) vom 20. Juli 2023 (Amtsbl. 32 v. 16.08.2023) ist die Standortwahl für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in erster Linie so zu treffen, dass möglichst wenig Bodendenkmalsubstanz durch die Errichtung der Anlage zerstört wird. Nach Möglichkeit soll eine Fundamentierung der Photovoltaikmodule ohne Bodeneingriff (z. B. auf Schwellbalkenkonstruktionen) erfolgen.

¹ Datenschutz und Datennutzungshinweis: Bodendenkmale (BD) können sowohl mit der Flächendarstellung als auch der ID-Nr. veröffentlicht werden, ein mittig eingefügtes Symbol = „BD“ ist hierbei hilfreich. Bodendenkmale in Bearbeitung (BD i. B.) dürfen nur ohne Flächendarstellung mit einem mittig eingefügten Symbol = „BD i. B.“ oder der Denkmal-ID-Nr. veröffentlicht werden, da es sich bei diesen Denkmalen um noch nicht – im Sinne des BbgDSchG § 3 – flurstückscharf abgegrenzte Flächen bzw. Eintragungen handelt.

Auflagen im Bereich von Bodendenkmalen:

Bodendenkmale sind nach BbgDSchG §§ 1 (1), 2 (1)-(3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige **denkmalschutzbehördliche Erlaubnis** bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und – im Falle erteilter Erlaubnis – ohne vorherige **fachgerechte Bergung und Dokumentation** nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 (3) und 11 (3) die/der Veranlasser/in **kostenpflichtig**. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG § 26 <4>).

In einem Abschnitt des Vorhabenbereichs besteht zudem aufgrund fachlicher Kriterien die **begründete Vermutung**, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Anlage).

Die Vermutung gründet sich u. a. auf folgende Punkte:

- 1.) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagen. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg sind derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer als Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung anzusehen.
- 2.) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topographie derjenigen bekannter Fundstellen in der näheren Umgebung.
- 3.) In unmittelbarer Nähe der ausgewiesenen Flächen sind Bodendenkmale registriert, bei denen davon auszugehen ist, dass sie sich weit über die aktenkundig belegte Ausdehnung hinaus bis in die Vermutungsbereiche erstrecken.
- 4.) Bodenfunde deuten bereits auf das Vorhandensein von Bodendenkmalen hin (Fpl. Wulkow bei Booßen 9).

Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen (siehe Anlage):

Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind daher sowohl der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde als auch dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Referat Großvorhaben, **zwei Wochen im Voraus** mitzuteilen.

Sollten während der Bauausführung bei Erdarbeiten – auch außerhalb der als Bodendenkmalvermutungsbereich gekennzeichneten Flächen – Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) entdeckt werden, sind diese **unverzüglich** der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum **anzuzeigen** (BbgDSchG § 11 <1> und <2>). Die Entdeckungsstätte und die Funde sind **bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten**, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>).

Werden in den ausgewiesenen Vermutungsbereichen und darüber hinaus archäologische Dokumentationen notwendig, so hat die/der Träger/in des Vorhabens nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen als auch die Dokumentation sicherzustellen.

Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen:

Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits frühzeitige Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch die/den Vorhabenträger/in empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.

Bei einer bauvorbereitenden archäologischen Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: In den ausgewiesenen Bereichen mit begründet vermuteten Bodendenkmalen werden in einem Abstand von 25 m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Bei einem Negativbefund kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. In Abhängigkeit von den technischen Voraussetzungen kann das Gutachten ggf. auch baubegleitend erstellt werden.

Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), dürfen nicht im Bereich von bekannten oder vermuteten Bodendenkmalen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb bekannter oder vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden bauvorbereitende kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Die Planunterlagen (Entwurf vom Mai 2024) sind entsprechend der hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege zu ergänzen bzw. zu korrigieren.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de

Hinweis:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



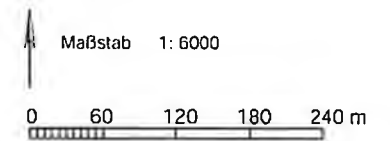
Dr. Julia Braungart
Fachreferentin für Energiewendemaßnahmen
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

Anlage

Kopie an - Lkr. Märkisch-Oderland / Untere Denkmalschutzbehörde



Anlage

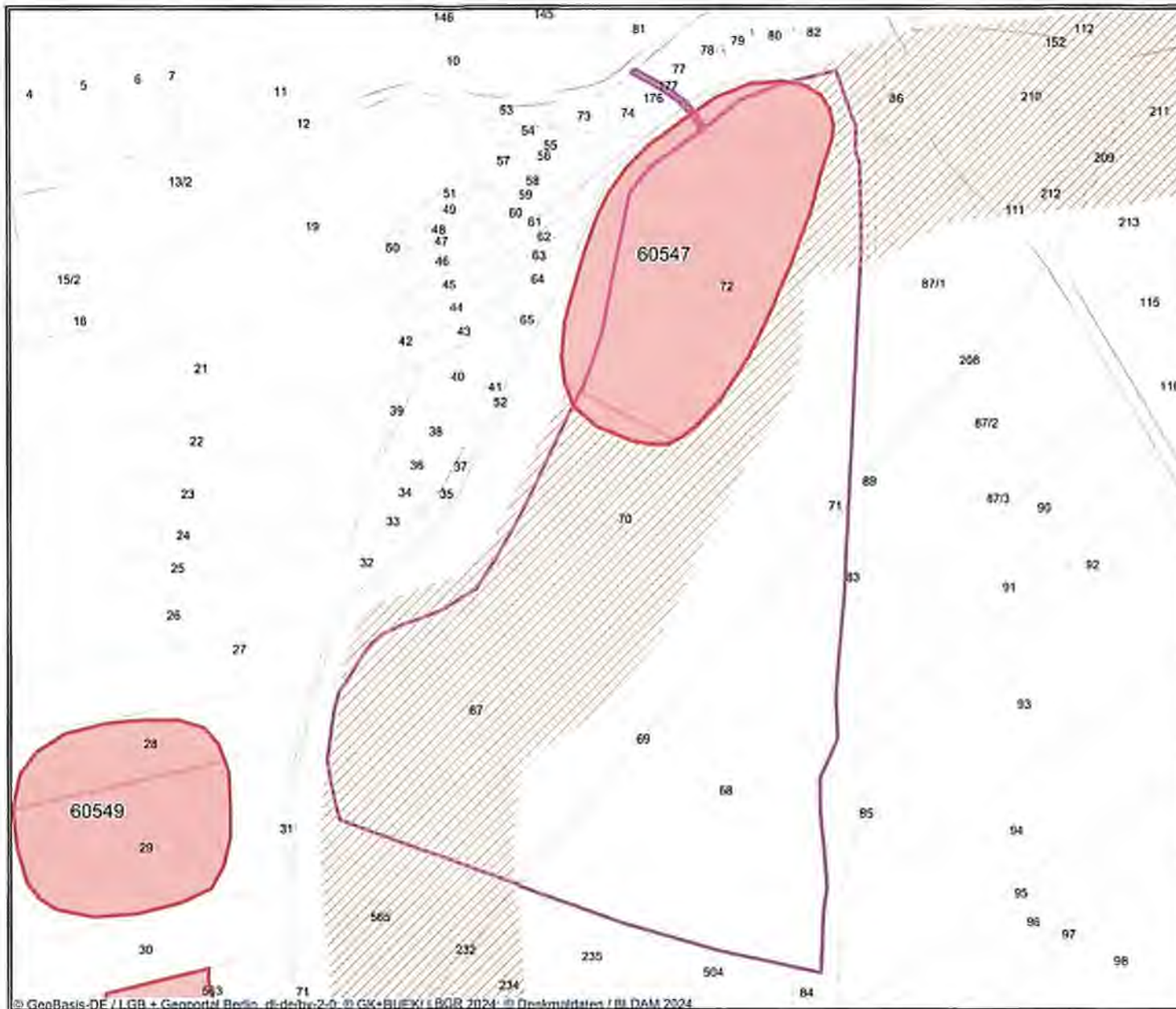
07.08.2024



Brandenburgisches Landesamt für
Denkmalpflege und Archäologisches
Landesmuseum
Abt. Bodendenkmalpflege
GV 2024:279

Legende

-  Ihre Planung
-  Bodendenkmal



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0
Denkmaldaten: © BLDAM 2024
Nur für den internen Gebrauch. Die Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe an Dritte ist nur mit Zustimmung des BLDAM erlaubt.



┌ EMO – Klosterstraße 18 15344 Strausberg ┐

MIKAVI Planung GmbH
z.Hd. Lisa Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

└

┘

Abteilung: 1
Bereich: Allgemeine Abfallentsorgung
Dienstort: Strausberg
Auskunft erteilt: Frau Friesse
Durchwahl: (03341) 354 - 7001
Zentrale: (03341) 354 - 7001
Telefax: (03341) 354 - 7009
E-Mail: abfallentsorgung@landkreismol.de
AZ: 70.11.01

Datum: 23. August 2024

**8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lebus zum
vorhabensbezogenen Bebauungsplan „Enerpac – Solarpark Wulkow – Booßen“**

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Köhn,

im Rahmen der Planung der Stadt Lebus zum Aufstellen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Enerpac – Solarpark Wulkow-Booßen“ und zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lebus wurde der Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland (EMO) mit E-Mail vom 23. Juli 2024 zur Stellungnahme aufgefordert.

In der Erläuterung bzw. der Begründung zum Vorentwurf und der Übersichtskarten (allgemein) mit Stand vom Mai 2024 sind der E-Mail beigelegt. Es wird ausgeführt, dass eine gute Erschließung zur Erreichbarkeit des Planungsraumes (S.4 der Begründung) gegeben ist.

Die Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf wurde ausschließlich aus entsorgungstechnischer Sicht vorgenommen und gilt nicht für andere Fachbereiche.

Anhand der „Planzeichnung FNP Stand Mai 2024“ wird davon ausgegangen, dass weder bei der Errichtung des Solarparks noch bei der Pflege und Wartung der Anlage Abfälle zur Beseitigung anfallen werden. Sollte sich dieser Umstand ändern, unterliegt der Betreiber der Anlage gem. § 5 Abs.1 der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (AESMOL 2024) in der derzeit gültigen Fassung dem Anschluss- und Benutzungszwang. Eine schriftliche Anmeldung beim Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland hat dann umgehend zu erfolgen.

Die ausführenden Baufirmen sind insbesondere auf den § 8 Gewerbeabfallverordnung hinzuweisen.

Zum vorgelegten Entwurf sind keine Einwände zu erheben.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

A. Friesse



**LEITFADEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER ORDNUNGSGEMÄßEN ABFALLENTSORGUNG BEI
GESTALTUNG VON VERKEHRSRÄUMEN IN WOHN- UND GEWERBEGEBIETEN
IM LANDKREIS MÄRKISCH-ODERLAND**



Vorwort

Dem Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland (EMO) sind seit 2006 die Pflichten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers (örE) nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sowie dem Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) als Eigenbetrieb des Landkreises Märkisch-Oderland übertragen. Hinsichtlich dieser Beauftragung zur Abfallentsorgung handelt der EMO somit als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung.

Die genannten Festlegungen zur Gewährleistung der Abfallentsorgung sind mit entsprechender Ausgestaltung von Verkehrsräumen innerhalb des Kreisgebietes rechtsverbindlich. Bei geplanten Bauvorhaben, insbesondere von Wohn- und Gewerbegebieten sind die Belange einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung zu berücksichtigen. Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung sind u.a. in der Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (Abfallentsorgungssatzung – AESMOL) in ihrer jeweils gültigen Fassung geregelt.

Der vorliegende Leitfaden wurde ausschließlich aus entsorgungstechnischer Sicht erstellt. Trotz gründlicher Recherche und Sorgfalt besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Die Beteiligung des EMO zu baurechtlichen Planungsvorhaben bleibt unberührt.



Inhaltsverzeichnis

ABFALLSYSTEME.....	3
<i>Müllgroßbehälter (MGB).....</i>	<i>3</i>
<i>Sonstige Bereitstellung von Abfällen.....</i>	<i>3</i>
ENTSORGUNGSFAHRZEUGE	4
<i>Fahrzeugbeschaffenheit.....</i>	<i>4</i>
<i>Rückwärtsfahrverbot.....</i>	<i>4</i>
VERKEHRSWEGE.....	5
<i>Allgemeine Anforderungen.....</i>	<i>5</i>
<i>Stichstraßen und Wendeanlagen.....</i>	<i>5</i>
<i>Privatstraßen</i>	<i>5</i>
TRANSPORTWEGE, SAMMEL- UND STANDPLÄTZE	6
<i>Transportweg und Stellplatz.....</i>	<i>6</i>
<i>Sammelplatzgestaltung für Abfallbehälter.....</i>	<i>6</i>
BAUMAßNAHMEN IM VERKEHRSRAUM	7
ZUSAMMENFASSUNG.....	8
KONTAKT	9

Rechtsgrundlagen

Der „Leitfaden zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung bei Gestaltung von Verkehrsräumen in Wohn- und Gewerbegebieten im Landkreis Märkisch-Oderland“ wurde unter Beachtung gegenwärtiger Aktualität folgender Rechtsgrundlagen sowie Stellungnahmen erarbeitet:

- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO)
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)
 - DGUV Vorschrift 43 (bisher BGV C27) „Müllbeseitigung“
 - DGUV Vorschrift 44 (bisher GUV-V C27)
 - DGUV Regel 114-601 „Branche Abfallwirtschaft, Teil 1: Abfallsammlung“
 - DGUV Information 214-033 (bisher BGI 5104) „Sicherheitstechnische Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen“
- Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06)
- Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen (RStO 12)
- Verein Deutscher Ingenieure (VDI)
 - VDI Richtlinie 2160 „Abfallsammlung in Gebäuden und auf Grundstücken – Anforderungen an Behälter, Standplätze und Transportwege“
- Abfallentsorgungssatzung des Landkreises Märkisch-Oderland in der jeweils gültigen Fassung



1. Abfallsysteme

Die Entsorgungspflicht des EMO umfasst gemäß § 4 AESMOL

für Privathaushalte:

- ✓ Hausmüll bzw. Restabfälle
- ✓ Papier/Pappe/Kartonagen (PPK)
[soweit nicht vom Dualen System Deutschland GmbH erfasst]
- ✓ Sperrmüll und Schrott
- ✓ gefährliche Abfälle
- ✓ Bauabfälle
- ✓ Altholz sowie

für andere Herkunftsbereiche:

- ✓ hausmüllähnliche Gewerbeabfälle
- ✓ gefährliche Abfälle (bis 2.000 kg/Jahr) und
- ✓ sonstige Abfälle zur Beseitigung soweit kein Ausschluss nach § 7 AESMOL vorliegt

Müllgroßbehälter (MGB)

Die Entsorgung von Hausmüll oder hausmüllähnlichen Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen (z.B. Gewerbe, öffentliche Einrichtungen, etc.) sowie von Pappe/Papier/Kartonagen (PPK) erfolgt über grundstücksbezogene Sammelsysteme. Wenn biologisch verwertbare Abfälle aus Privathaushalten nicht eigenkompostiert werden, können Bioabfälle ebenfalls dem EMO überlassen werden. Die Entsorgung wird über Müllgroßbehälter (MGB) nach DIN EN 840 realisiert; Leichtverpackungen werden derzeit überwiegend im Sacksammelsystem „Gelbe Säcke“ erfasst.

Die Behältergrößen pro Wohneinheit sind für den Hausmüllbereich und Bioabfall in den Größen 80 l, 120 l oder 240 l (Zweiradsystembehälter) frei zu wählen und für den Bereich PPK sind grundsätzlich 240 l Behälter zu nutzen. Die Entsorgung von Hausmüll und Bioabfall erfolgt 14-tägig und für den Bereich Pappe/Papier erfolgt das monatlich innerhalb einer Ortstour. Bei einer Auslegung von zentralen Bereitstellungsflächen zur Entsorgung sind weiterhin Vierradsystembehälter für „Großwohnanlagen“ mit einem Abfallvolumen von 1.100 l und ggf. einem wöchentlichen Leerungsrhythmus möglich.

Sonstige Bereitstellung von Abfällen

Darüber hinaus können gegen Entrichtung einer Gebühr, Abfallsäcke für Laub und Hausmüll bzw. hausmüllähnliche Abfälle durch den/die Abfallbesitzer*in erworben und zur grundstücksnahen Entsorgung bereitgestellt werden. Für Ast- und Strauchwerk sind gebührenpflichtige Banderolen zu verwenden. Die Länge des Ast- und Strauchwerkbündels darf 1,40 m nicht überschreiten.

Ebenfalls werden im Holsystem einmal jährlich ausgediente Weihnachtsbäume mit einer maximalen Länge von 3,00 m entsorgt.

Elektronikaltgeräte, Schrott und sperrige Abfälle (maximale Kantenlänge 2,00 x 1,50 m pro Gegenstand) werden getrennt aus privaten Haushaltungen im Rahmen der Sperrmüllsammlung abgeholt.



Die Sammlung von gefährlichen Abfällen aus Privathaushalten erfolgt mindestens zweimal jährlich an verschiedenen Haltepunkten. Im begründeten Ausnahmefall können diese auf Antrag kostenpflichtig durch das Schadstoffmobil abgeholt werden.

2. Entsorgungsfahrzeuge

Fahrzeugbeschaffenheit

Die Sammlung von Abfällen im Landkreis MOL erfolgt durch die vom EMO beauftragten Entsorgungsunternehmen. Derzeit werden 3- und 4-achsige Entsorgungsfahrzeuge, mit Leergewichten von ca. 15,00 t und einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 32,00 t, eingesetzt. Die Länge der Abfallsammelfahrzeuge beträgt dabei bis zu 9,90 m und die Breite ca. 2,55 m. Gemäß StVZO entspricht die höchstzulässige Fahrzeughöhe 4,00 m und ist als Mindestmaß der erforderlichen Durchfahrtshöhe von Verkehrswegen sicherzustellen. Aufgrund der Unfallverhütungsvorschrift wird eine lichte Durchfahrtshöhe von mindestens 4,20 m empfohlen (Fahrzeughöhe + 0,30 m).



Rückwärtsfahrverbot

Beim Einsatz von Entsorgungsfahrzeugen sollen die Zufahrten zu den Abfallbehälterstandplätzen so angelegt sein, dass eine Rückwärtsfahrt grundsätzlich nicht erforderlich wird. Sollte ein Wenden des Sammelfahrzeuges, aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht verhindert werden können, darf die Strecke maximal 150 m betragen (§ 19 Abs. 1 S. 1 SGB VII; §§ 7, 16 Abs. 1 GUV-V C 27 bzw. DGUV Vorschrift 43). Ein kurzes Zurückstoßen (z.B. in Wendeanlagen) gilt nicht als Rückwärtsfahrt. Die freie Sicht des Fahrers muss dabei stets in alle Richtungen, mit einem Mindestabstand von jeweils 0,50 m gewährleistet sein. Abweichend von diesen Regelungen kann eine (grundstücknahe) Entleerung der bereitgestellten Abfallbehälter nicht gewährleistet werden. Bei permanenten Behinderungen hat der/die Grundstückseigentümer/in dafür Sorge zu tragen, dass die Abfallentsorgung an der für die Sammelfahrzeuge nächstliegenden und geeigneten Stelle (grundstücksferne Entleerung) erfolgen kann. Gemäß § 14 AESMOL 2022 ist dies grundsätzlich die nächstbefahrbare Straße.



3. Verkehrswege

Allgemeine Anforderungen

Für die Befahrbarkeit von Straßen mit den Abfallsammelfahrzeugen ist es erforderlich, dass die Straßen ausreichend tragfähig sind.

Straßen ohne Begegnungsverkehr müssen bei geradem Straßenverlauf eine Breite von mindestens 3,55 m und mit Begegnungsverkehr von mindestens 4,75 m aufweisen (Parken nicht möglich). Der seitliche Sicherheitsabstand von 2 x 0,50 m stellt ein absolutes Minimum dar. Zu berücksichtigen ist dabei, dass bei einer vorgesehenen Trassenführung ein erhöhter Platzbedarf durch Verschwenkungen und Kurven vorliegen könnte. Die Durchfahrtsbreite und -höhe (s. Punkt 2 „Fahrzeugbeschaffenheit“) muss ebenfalls durch entsprechende Baum- bzw. Grünpflege gewährleistet sein.

Bankette sind so zu gestalten, dass ein seitliches Abstürzen verhindert wird. Im Rahmen der Unfallverhütung sind Straßen und (Transport-)Wege mit mindestens 50 Lux zu beleuchten. Die Befahrbarkeit ist durch Beseitigung von Hindernissen und Einrichten eines Winterdienstes herzustellen.

Stichstraßen und Wendeanlagen

Die Errichtung von Wendehämmern als mögliche Lösung ist nur ausnahmsweise zulässig. Es muss ein Wenden mit ein- bis höchstens zweimaligen Zurückstoßen (s. Punkt 2 „Rückwärtsfahrverbot“) möglich sein. Bei einem Wendehammer ist eine Breite von 14,50 m und eine Länge von 20,00 m sowie eine Zufahrtsbreite von 5,50 m zu sichern. Im Bereich der Wendeanlagen muss das Parken von Fahrzeugen untersagt werden.

Die Wendekreise sind so zu errichten, dass ein Minstdurchmesser von 22,00 m (Praxisempfehlung: mindestens 25,00 m) einschließlich der erforderlichen Freiräume für die Fahrzeugüberhänge erreicht wird. Die Straßenzufahrt muss eine Fahrbahnbreite von 5,50 m aufweisen.

Wenn keine geeigneten Wendeanlagen vorhanden sind, dürfen Stichstraßen („Sackgassen“) mit Abfallfahrzeugen nicht befahren werden und eine grundstücksnahe Abholung der Abfälle ist nicht möglich. In diesem Fall müssen die Abfallbehälter an einem zentralen Sammelpunkt bereitgestellt werden. Gemäß der DGVU Information 214-033 stellen Verstöße gegen das Fahrverbot eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 209 Abs. 1 Nr. 1 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) dar.

Privatstraßen

Für die Abfallentsorgung geeignete befahrbare Straßen im Sinne der geltenden Satzung sind ausschließlich öffentlich gewidmete Straßen und Wege. Eine Entsorgung von Abfällen im haushaltsnahen Bereich und gesicherte Befahrung für Entsorgungsfahrzeuge ist daher grundsätzlich nicht möglich. Die Bereitstellung der Abfallbehälter kann dann nur an dem für Entsorgungsfahrzeuge befahrbaren Einmündungsbereich der Privatstraße erfolgen. Die mögliche Variante einer separaten Stellfläche für die Abfallbehälter ist nicht im Sinne einer haushaltsnahen, grundstücksbezogene Entsorgung entsprechend der vorher ausgeführten Hinweise. Das gilt insbesondere für Sperrmüll oder elektrische Geräte.



4. Transportwege, Sammel- und Standplätze

Transportweg und Stellplatz

Im Rahmen des Anschlusszwanges nach § 5 AESMOL ist jeder Eigentümer berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Abfallentsorgung des EMO zu verlangen.

Gemäß §§ 12, 13 AESMOL hat der/die Anschlusspflichtige die genannten Abfälle in den vom EMO zugelassenen Behältnissen zu lagern und am Abfuhrtag am Fahrbahnrand an gut erreichbarer Stelle vor dem angeschlossenen Grundstück an den von den Abfallsammelfahrzeugen befahrbaren Straßen bereitzustellen.

Dabei dürfen von den bereitgestellten Abfallbehältern keine Behinderungen oder Gefährdungen der Allgemeinheit und des Straßenverkehrs ausgehen. Insbesondere müssen Stellplätze und Transportwege festen Untergrund (berollbarer Belag) aufweisen, ebenerdig angelegt sein und über eine ausreichende Stellfläche für die jeweils verwendeten Abfallbehälter verfügen. Der Zugang von der vom Abfallsammelfahrzeug befahrenen Straße zum Stellplatz muss am Tage der Abfuhr frei zugänglich und verkehrssicher, insbesondere gleitsicher, entwässert sowie im Winter von Schnee und Eis befreit sein.

Ist dies nicht möglich, sind gemäß § 14 AESMOL Stellplätze und Transportwege so anzulegen und zu gestalten, dass eine Gefährdung ausgeschlossen und ein gefahrloser Transport der Abfallbehälter gewährleistet ist. Die freie Zugänglichkeit kann auch durch Übergabe der notwendigen Schlüssel an den beauftragten Dritten sichergestellt werden. Etwaige Türen und Pforten müssen festgestellt werden können.

Der Transportweg vom Stellplatz bis zur Fahrbahngrenze, der mit dem Abfallsammelfahrzeug befahrenen Straße, darf nicht länger als 5,00 m sein. Längere Transportwege sind gebührenpflichtig und bedürfen besonderer Abstimmung sowie eines Transportschildes.

Der Transportweg von mindestens 1,50 m Breite muss bei Dunkelheit mit 50 Lux beleuchtet sein und sollte möglichst keine Stufen aufweisen. Rampen dürfen höchstens ein Steigungsverhältnis von 1:6 haben. Durchgänge müssen mindestens 2,00 m hoch und 1,80 m breit sein.

Bei einem Neubau der Straße sind die Grundsätze der sicherheitstechnischen Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen gemäß der DGVU Information 214-033 (bisher BGI 5104) zu beachten.

Sammelplatzgestaltung für Abfallbehälter

Für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene (auch saisonal) bewohnte Grundstück sind Abfallbehälter mit entsprechend ausreichendem Behältervolumen vorzuhalten, die erforderlich sind, um den auf dem Grundstück innerhalb eines Abfuhrzeitraums regelmäßig anfallenden Abfall ordnungsgemäß aufzunehmen. Das Mindestbehältervolumen je Abfallfraktion richtet sich somit nach der gemeldeten Personenanzahl, dem Abfallaufkommen/Nutzungsverhalten sowie Entleerungsrhythmus.

Für Wohnanlagen und Gewerbe können Abfallsammelplätze zentral auf dem Grundstück angelegt werden. Dabei sind die Abmessungen der jeweiligen Abfallbehälter einschließlich der erforderlichen Rangierabstände zu berücksichtigen. Grundsätzlich gilt, dass für Zweiradbehälter ein Platzbedarf von jeweils 90 x 90 cm, einschließlich 20 cm Rangierabstand einzuplanen ist. Vierradbehälter benötigen in der Tiefe 1,50 m und in der Breite 2,00 m, einschließlich 50 cm Rangierabstand). Unabhängig von ihrer Dimension



kann eine mögliche Überdachung des Abfallsammelplatzes erst ab einer Höhe von 2,50 m angelegt werden. Sofern der Sammelplatz nicht offen angelegt wird, ist die Belüftung durchgehend zu gewährleisten. Aus brandschutztechnischen Gründen sind Flucht- und Rettungswege freizuhalten sowie ein Abstand zu Gebäuden von mindestens 5 m einzuhalten.

Die vorgenannten Regelungen (Punkt 3 und 4) sind Voraussetzung dafür, dass die Abfallsammlung durch die beauftragten Entsorgungsunternehmen direkt vom zentralen Behälterstandplatz erfolgen kann.

5. Baumaßnahmen im Verkehrsraum

Die im Rahmen des Anschlusses an die Abfallentsorgung genannten Voraussetzungen sind bei geplanten Neubau- bzw. Sanierungsvorhaben, wie beispielsweise beim Ausbau der Telekommunikationsstruktur oder bei der Modernisierung von Leitungen zu berücksichtigen. Die von der Einrichtung einer Vollsperrung unmittelbar betroffenen Anlieger*innen sind vor Beginn der Baumaßnahme zu benachrichtigen. Können durch Absperrungen keine Zugänge zur grundstücksnahen Abfallentsorgung geschaffen werden, hat in Verantwortung des Bauträgers die Bereitstellung von Abfallbehältern durch das ausführende Bauunternehmen zu erfolgen.

Eine durchgängige Entsorgungsmöglichkeit von Abfällen im haushaltsnahen Bereich für geplante Bauabschnitte muss durch Regelungen zur gesicherten Befahrung für Entsorgungsfahrzeuge sichergestellt werden. Bei der Bereitstellung der Abfallbehälter durch die Träger der Baumaßnahmen ist die Befahrbarkeit der Entsorgungsfahrzeuge zum Bereitstellungspunkt gefahrlos und zeitnah zu gewährleisten. Daher wird eine frühzeitige Information der Bürger und Unternehmen hinsichtlich der Bereitstellung der Behälter an die für die Abfallentsorgung befahrbaren Straßen empfohlen.

Informationen wie und wo die Leerung von Abfallbehältern erfolgen soll, müssen durch den Träger der Baumaßnahmen sowohl beim EMO als auch bei den Grundstückseigentümern erfolgen.

- ✓ stetige Gewährleistung der (verkehrssicheren) Abfallentsorgung
- ✓ Benachrichtigung von Anlieger*Innen bei Vollsperrungen
- ✓ wenn keine grundstücksnah Abfallentsorgung möglich, Behälterbereitstellung durch Bauunternehmen
- ✓ Information an EMO und Grundstückseigentümer*Innen bei veränderter Abfallentsorgung bzw. Behälterbereitstellung (Zeitpunkt, Ort, usw.)



Zusammenfassung

VERKEHRSWEGE	
<u>Grundsatz</u> : keine Befahrung von Privatstraßen, Rückwärtsfahrverbot	
Tragfähigkeit	mindestens 32 t
Durchfahrts...	
- breite	mindestens 3,55 m bzw. mit Begegnungsverkehr 4,75 m
- höhe	mindestens 4,00 m
Wende...	
- hammer (Breite x Länge)	mindestens 14,50 m x 20,00 m
- kreis (Durchmesser)	mindestens 22,00 m Zufahrt mindestens 5,50 m
Beleuchtung	mindestens 50 Lux

STANDPLÄTZE UND TRANSPORTWEGE	
<u>Grundsatz</u> : fester berollbarer Belag, ebenerdig, entwässert, verkehrs- und witterungssicher, keine Treppen	
Transportweg maximal 5,00 m lang	mindestens 1,50 m breit <u>Ausnahme</u> : gebührenpflichtiges Transportschild
Beleuchtung	mindestens 50 Lux
Durchgänge (Höhe x Breite)	mindestens 2,00 m x 1,80 m
grundsätzlich keine Steigung oder Gefälle	<u>Ausnahme</u> : Steigungsverhältnis von Rampen 1:6

SAMMELPLÄTZE	
<u>Grundsatz</u> : stetige Belüftung, Flucht- und Rettungswege freihalten	
Platzbedarf (Breite x Tiefe x Höhe) inkl. Rangierabstände (20 cm bzw. 50 cm)	<u>Zweiradbehälter</u> 0,90 m x 0,90 m x 2,50 m
	<u>Vierradbehälter</u> 2,00 m x 1,50 m x 2,50 m
	Gebäudeabstand mindestens 5,00 m
Behälteranzahl und -größen je nach Abfallaufkommen und Entleerungsrhythmus	

Kontakt

Entsorgungsbetrieb **M**ärkisch-**O**derland (EMO)
Eigenbetrieb des Landkreises Märkisch-Oderland
Die Werkleiterin



Klosterstraße 18
15344 Strausberg

E-Mail:
abfallentsorgung@landkreismol.de

Tel.: (03341) 354-7001 oder -7012
Fax: (03341) 354-7009

Abfallberatung

E-Mail:
abfallberatung@landkreismol.de

Tel.: (03341) 354-7014



<https://www.entsorgungsbetrieb-mol.de>

oder per App



Landkreis Märkisch-Oderland
Der Landrat



Liegenschafts- und Bauverwaltungsamt
Fachdienst **Tiefbau** und Kreisstraßenmeisterei
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

E-Mail:
bauverwaltungsamt@landkreismol.de

Tel.: (03346) 850-6201
Fax: (03346) 850-6209

Bauordnungsamt
Klosterstraße 14
15344 Strausberg

E-Mail:
bauordnungsamt@landkreismol.de

Tel.: (03346) 850-7501
Fax: (03346) 850-7509



LAND BRANDENBURG



Zentraldienst
Polizei Brandenburg

Zentraldienst der Polizei Brandenburg | Am Baruther Tor 20 | 15806 Zossen

Amt Lebus
Breite Straße 1
15326 Lebus

Kampfmittelbeseitigungsdienst

Am Baruther Tor 20 Haus 5
15806 Zossen

Bearb.: Herr Jakobi
Gesch-Z.: KMBD1.3.10
Telefon: 033702-214 0
Fax: 033702-214 200
Internet: www.polizei.brandenburg.de
kampfmittelbeseitigungsdienst@polizei.brandenburg.de

Zossen, 25.07.2024

Ortsname: **Lebus**

Vorhaben: **8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus**

Reg. / RPL-Nr.: **2024 2806 0000 (bei Schriftwechsel bitte angeben)**

Ihr Schreiben vom: **23.07.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.
Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittel-freiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.

Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.

Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern

Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.

Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link:

Link: <https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf>

Die Datenschutzerklärung finden Sie unter dem folgenden Link :

<https://polizei.brandenburg.de/seite/datenschutzerklaerung-fuer-kampfmittelfr/1295899>

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jakobi

Telefonische Erreichbarkeit Bürgerservice: Dienstags und Donnerstags: 09:00-12:00 und 13:00-15:00 Uhr

Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.



LAND BRANDENBURG



Landesbetrieb
Straßenwesen

Landesbetrieb Straßenwesen | Lindenallee 51

| 15366 Hoppegarten

MIKAVI Planung GmbH
z.Hd. Frau Leddermann
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Dezernat Planung Ost
Dienststätte Frankfurt (Oder)
Müllroser Chaussee 51
15236 Frankfurt (Oder)

Postanschrift:

Landesbetrieb Straßenwesen
Brandenburg
Lindenallee 51
15366 Hoppegarten

Bearb.: Frank Anton

Gesch.-Z.: 321.06

Hausruf: (03342) 249 1292

Fax:

Internet: www.ls.brandenburg.de
frank.anton@ls.brandenburg.de

Frankfurt (Oder), 21.08.2024

vBP „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ sowie parallele 8. Änderung des FNP der Stadt Lebus

Bus 981 (Haltestelle Landesbehördenzentrum)
Tram 4 (Haltestelle Kopernikusstraße)

Ihr Schreiben vom 23.07.2024: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach §4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Leddermann,

aus Sicht der Straßenbauverwaltung nehme ich wie folgt Stellung:

1. Die von Ihnen ausgewiesene Fläche befindet sich östlich der L 383 (Abs. 010). Die erforderlichen Abstände in Bezug auf Anbauverbotszone und Anbaubeschränkungszone werden für die Landesstraße (gemäß BbgStrG § 24 Abs. 1 und 2) berücksichtigt.
2. Die Erschließung des Energieparks ist über das kommunale Wegesystem gesichert. Sollten, z.B. für die Bauphase, Änderungen von Einmündungsbereichen zur Landesstraße vorgesehen sein, sind diese Maßnahmen bei der Landesstraßenverwaltung, auf Basis eines detaillierten Lageplanes, zu beantragen.
3. Bei der Ausrichtung der geplanten Photovoltaikanlagen ist darauf zu achten, dass Kraftfahrer der Landesstraße nicht durch reflektierendes Sonnenlicht geblendet bzw. gestört werden können.

Freundliche Grüße
im Auftrag

Frank Anton

MIKAVI Planung GmbH

Versand ausschließlich per E-Mail an
koehn@mikavi-planung.de

Bearb.: Claudia Reisener
Gesch.-Z.: 110-24-518000508/2024-
023/001
Telefon: +49 3342 4266-2411
Fax: +49 3342 4266-7601
Internet: www.lbv.brandenburg.de
E-Mail: LBV-TOEB@LBV.Brandenburg.de

Hoppegarten, 08.08.2024

8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus **Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Ihre E-Mail vom: 23.07.2024 Ihr Zeichen: 3160

Sehr geehrte Damen und Herren,

den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.

Gegen die vorliegende 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken.

Schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.

Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr

Hinsichtlich der Abklärung einer möglichen Betroffenheit von Anlagen der unmittelbar östlich verlaufenden Eisenbahnstrecke sollten das Eisenbahn-Bundesamt sowie die DB InfraGO (ehem. DB Netz AG) im Verfahren beteiligt werden.

Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden von Seiten der Landesverkehrsplanung keine Anforderungen erhoben, auch liegen keine planungs- und umweltrelevanten Informationen vor, die zur Verfügung gestellt werden können.

Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Reisener

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck
koehn@mikavi-planung.de

EINGEGANGEN AM 02. AUG. 2024

1123

Bearb.: Michael Kunert
Gesch.Z.: 080-3-FoA-06-
7002/91+10#278012/2024
Hausruf: +49 33604 63596
Fax: +49 33604 63601
FoA.Maerkisch-Oderland@lfb.brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

Waldsiedersdorf, 26.07.2024

8. Änderung des FNP Lebus; Stellungnahme der unteren Forstbehörde

Sehr geehrte Frau Wibranek,

die 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus wurde hinsichtlich der forstlichen Betroffenheit geprüft.

Bei den im Geltungsbereich der 8. Änderung des Flächennutzungsplans einbezogenen Flächen wird kein Wald gem. § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 beansprucht.

Demzufolge bestehen gegen den oben genannten Flächennutzungsplan keine forstrechtlichen Einwände.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Michael Kunert

Dieses Dokument wurde am 26.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG

BLB | Müllroser Chaussee 48 | 15236 Frankfurt (Oder)

per E-Mail

MIKAVI Planung
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

BLB



Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen

Facilitymanagement, Team 3

Postadresse: Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)

Dienststz: Müllroser Chaussee 50
15236 Frankfurt (Oder)

Bearb.: Frau Anke Pschowski

Gesch.-Z.: FM LM PS VV2012/M2724

Telefon: 0335 60676-9593

Fax: 0335 60676-9830

Anke.Pschowski@blb.brandenburg.de

Frankfurt (Oder), 6. August 2024

8. Änderung des Flächennutzungsplans im Geltungsbereich des vBP "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB

Ihre E-Mail vom 23.07.2024, Ihr Zeichen: wib/köh_3160

A. Allgemeine Angaben:

Stadt / Gemeinde / Amt:

Lebus

☒ **Flächennutzungsplan:**

8. Änderung des Flächennutzungsplans im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen" der Stadt Lebus, Parallelverfahren

☐ **Bebauungsplan:**

☐ **Planfeststellung:**

☐ **Ergänzungssatzung:**

☐ **Sonstiges:**

Fristablauf für die Stellungnahme am: **23.08.2024**

BLB
Hauptsitz
Sophie-Alberti-Str. 4-6
14478 Potsdam

Tel.: 0331 58181-0
Fax: 0331 58181-199
info@blb.brandenburg.de
www.blb.brandenburg.de

Geschäftsführung:
Gerit Fischer
Sven Stolpe

Bankverbindung:
Deutsche Bundesbank
IBAN: DE67 1000 0000 0016 0015 91
BIC: MARKDEF1100

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

**Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen
Liegenschaftsmanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)**

Telefon: (03 35) 60676 – 9593
Telefax: (03 35) 60676 – 9830
Bearbeiter: Frau Anke Pschowski
AZ. FM LM PS VV2012/M2724

☒ **Keine Einwände**

☐ Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendungen:

.....

2. Rechtsgrundlage:

.....

3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

.....

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angaben des Sachstandes und des Zeitrahmens:

.....

☐ Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu den o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit der Begründung und Rechtsgrundlage:

Frankfurt (Oder), 06.09.2024
Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen (BLB)
Geschäftsbereich Facilitymanagement
Liegenschaftsmanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt/Oder



DB AG - DB Immobilien
Hammerbrookstraße 44 | 20097 Hamburg

MIKAVI Planung GmbH
Frau Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

per E-Mail: koehn@mikavi-planung.de

DB AG - DB Immobilien
Baurecht II
CR.R O42
Hammerbrookstraße 44
20097 Hamburg
www.deutschebahn.com/de/geschaefte/immobilien

Frau Anna Maria Trenz
Telefon: +49 40 3918 1697
anna-maria.trenz@deutschebahn.com

Allgemeine Mail-Adresse:
DB.DBImm.Baurecht-Ost@deutschebahn.com

Zeichen: TÖB-BB-24-186821_186822

16.08.2024

Ihr Zeichen: wib/köh_3160
Ihr Schreiben vom: 23.07.2024

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen“ der Stadt Lebus und 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus

hier: Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Köhn,

die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o. g. Verfahren.

Östlich des Plangebiets verläuft in die Bahnstrecke 6156 Werbig oben - Frankfurt (O), Bahn-km ca. 121,400 - 122,300. Wir bitten daher die folgenden Auflagen / Bedingungen und Hinweise zu beachten:

Mit Fokus auf die Investitionsprojekte im Netz Cottbus haben wir aktuell in dem angefragten Bereich keine Maßnahmen geplant. Zum heutigen Stand der Planung der hier angesprochenen Maßnahme können spezifischere Aussagen jedoch noch nicht getätigt werden. Um die zukünftigen Planung mit Infrastrukturprojekten bei der DB InfraGO in Verbindung zu bringen, sind Angaben zu Bauzeiten, -verfahren bzw. Jahresscheiben erforderlich.

Wir bitten im Zuge der Weiterführung der Maßnahmen um rechtzeitige Beteiligung.

Der B-Plan sowie der Vorhaben- und Erschließungsplan überplanen das DB Flurstück 71 mit einer privaten Grünfläche sowie einer privaten Verkehrsfläche. Die Verkehrsfläche wird sogar eingezäunt dargestellt. Die Zugänglichkeit der Grünflächen wäre demnach für die Vegetationspflege unzugänglich. Uns sind aktuell keine Bestrebungen einer Veräußerung des Flurstücks oder konkrete Anfragen dahin gehend bekannt. Wir bitten demnach um zwingende Anpassung des Flurstücks als planfestgestellte Bahnanlage.

Deutsche Bahn AG | Sitz: Berlin | Registergericht: Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000 | USt-IdNr.: DE 811569869 | Vorsitz des Aufsichtsrats: Werner Gatzert
Vorstand: Dr. Richard Lutz (Vorsitz), Dr. Levin Holle, Berthold Huber, Dr. Daniela Gerd tom Markotten,
Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Evelyn Palla, Dr. Michael Peterson, Martin Seiler

Unser Anliegen:





Nachfolgende allgemeine Hinweise sind ebenso zu beachten:

Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit sowie die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.

Die Standsicherheit / Funktionstüchtigkeit der Bahnbetriebsanlagen (insb. Gleise, Bahndamm, Kabel- und Leitungsanlagen, Signale etc.) ist stets zu gewährleisten.

Bei Parallellage zwischen Schienenweg und anderen Verkehrswegen, wie z.B. Straße und Wasserweg, ist der einzuhaltende Abstand der DS 800.01 Anlage 11 zu entnehmen.

Es ist darauf zu achten, dass Blendungen der Triebfahrzeugführer ausgeschlossen werden und Verfälschungen, Überdeckungen und Vortäuschungen von Signalbildern nicht vorkommen.

Zu beachtende Ril betreffend Entwässerung von Bahngelände, z.B. Bahngräben, Böschungen: Ril 836.4601 ff.

Für eine Begrünung parallel zur Eisenbahnstrecke sind unter anderem die Bestimmungen der Ril 800.01 zu beachten.

Zulässige Bepflanzungsarten: Verweis auf DB Ril 882 und deren Bestelladresse.

Geeignete Maßnahmen für Vegetationskontrolle entlang der Gleise (gilt auch für stillgelegte Strecken):

1. Vorausschauende Fällung von Bäumen und sonstigen Gehölzen, von denen für den Bahnbetrieb oder Nachbarn Gefahren ausgehen können,
2. Dauerhafte Freihaltung der Sicherheitsräume entlang der Strecke und der Signalsichten Wege- / Zufahrts- / Betretungsrecht der DB MA und von der DB beauftragte Dritte: Jederzeitiges Betretungsrecht der Bahnbetriebsanlagen auch während Bauarbeiten.

Das Betreten der Bahnanlagen ist ohne Genehmigung nicht gestattet.

Bei Betretung für die Bauausführung muss der Bauherr bei der DB InfraGO AG rechtzeitig einen schriftlichen Antrag stellen. Kosten sind vom Bauherrn zu tragen.

Keine Verunreinigung / Beschädigung der Bahnanlagen erlaubt (§ 64 EBO).

Haftungsausschluss der DB: Kein Anspruch gegen die DB auf Schutzmaßnahmen oder Entschädigungsansprüche (s.a.o. bei „zu duldende Immissionen und Emissionen“).

Es gelten stets die europäischen Verordnungen, nationalen Eisenbahngesetze, das Regelwerk der DB sowie alle weiteren Verordnungen und Normen.

Wir verweisen auf die Sorgfaltspflicht des Bauherrn. Für alle zu Schadensersatz verpflichtenden Ereignisse, welche aus der Vorbereitung, der Bauausführung und dem Betrieb des Bauvorhabens abgeleitet werden können und sich auf Betriebsanlagen der Eisenbahn auswirken, kann sich eine Haftung des Bauherrn ergeben.

Wir empfehlen daher vor Baubeginn eine erneute Beteiligung der DB AG, DB Immobilien, bei allen Baumaßnahmen durch den Bauherrn. Bei Bauten, die nicht im Genehmigungsfreistellungsverfahren errichtet werden, ist die DB als Nachbar am Verfahren zu beteiligen.

Wir bitten Sie uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.



Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

DB AG - DB Immobilien

i.V. **Björn
Claaßen**

Digital unterschrieben
von Björn Claaßen
Datum: 2024.08.19
08:15:01 +02'00'

i.A. **Anna Maria
Trenz**

Digital unterschrieben
von Anna Maria Trenz
Datum: 2024.08.16
10:45:11 +02'00'

Datenschutzhinweis: Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen.

Chatbot Petra steht Ihnen bei allgemeinen Fragen rund um immobilienrelevante Angelegenheiten gerne zur Verfügung.

Nutzen Sie dafür folgenden Link oder den QR-Code: <https://chatbot-petra.tech.deutschebahn.com/>





LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Inselstraße 26
03046 Cottbus

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

EINGEGANGEN AM 23. AUG. 2024

1158

Bearb.: Herr Tzschichholz
Gesch.-Z.: 74.21.50-3-80
Telefon: 0355 / 48 640 - 337
Telefax: 0355 / 48 640 - 110
E-Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 20. August 2024

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lebus

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 23. Juli 2024 – Köhn

Anhørungsfrist: 23. August 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:

B Stellungnahme

1. **Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine

2. **Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam
Konto-Nr.: 7 110 401 747
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE43 3005 0000 7110 4017 47
BIC-Swift: WELADEDXXX

3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:

Altbergbau:

Südwestlich des Vorhabens befinden sich Altbergbauflächen („Wulkow bei Wulkow“) (Übersichtskarte, Anlage). Nach den vorliegenden Unterlagen liegt das Plangebiet jedoch außerhalb des bergschadenkundlichen Einwirkungsbereiches stillgelegter bergbaulicher Anlagen, die nicht mehr der Bergaufsicht unterliegen und dem Altbergbau ohne Rechtsnachfolger zugeordnet werden.

Geologie:

Weitere Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

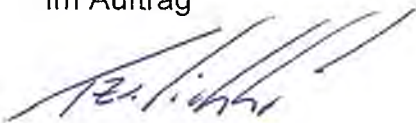
Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Hinweis:

Für zukünftige Beteiligungen des LBGR als Träger öffentlicher Belange, ist zwingend die E-Mail-Adresse lbgr@lbgr.brandenburg.de zu nutzen.

Nur unter dieser E-Mail-Adresse ist ein ständiger Datenabruf gewährleistet (Vertretung, Krankheit, Urlaub etc.).

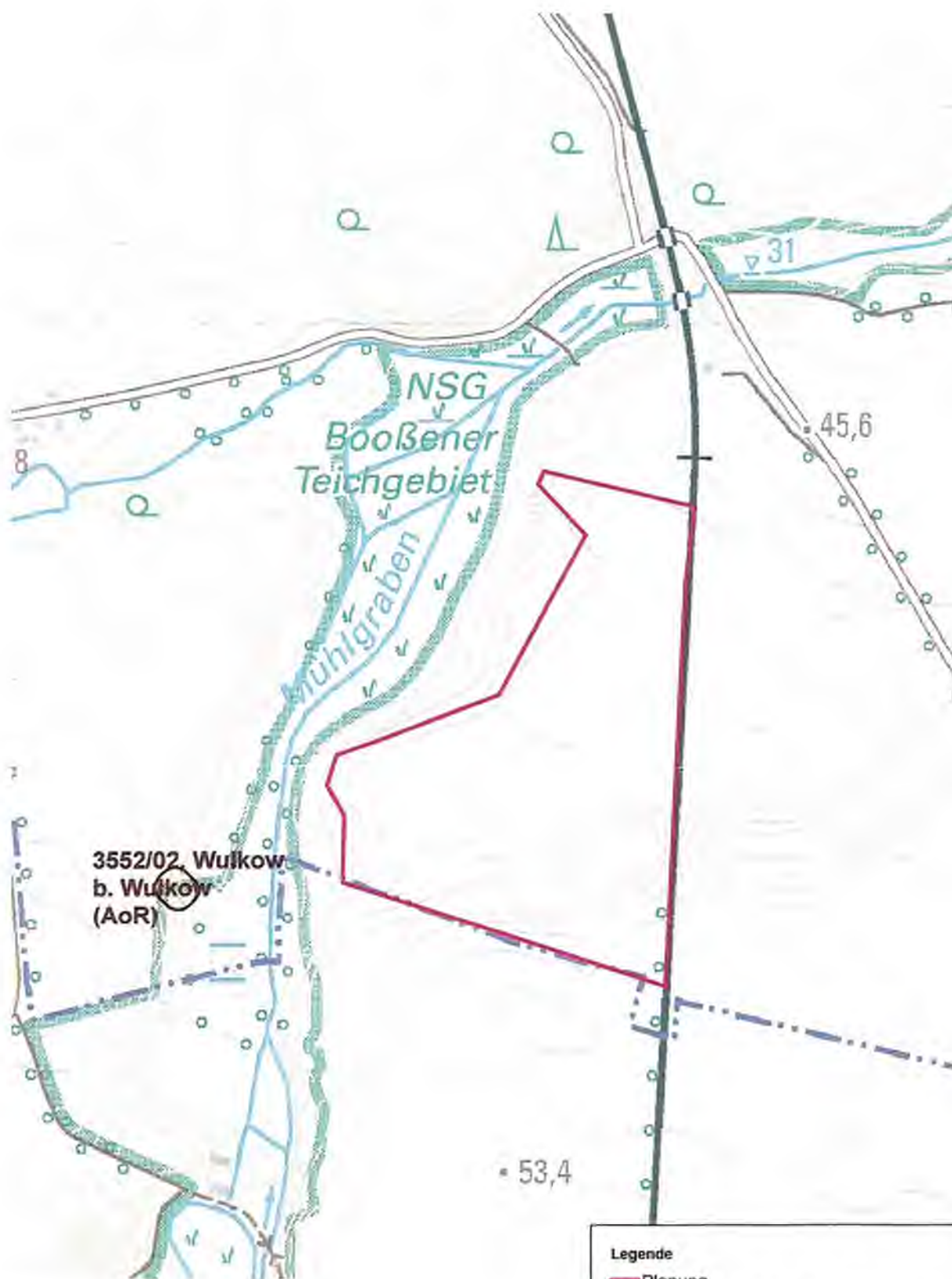
Freundliche Grüße
Im Auftrag



Tzschichholz

Anlagen: Übersichtskarte LBGR

8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lebus
Az.: 74.21.50-3-80



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB <2014>

Maßstab: 1:8.000

Stand: August 2024

Legende

- Planung
- Altbergbau mit Rechtsnachfolger
- Altbergbau ohne Rechtsnachfolger
- Altbergbau mit u. ohne Rechtsnachfolger

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Vorbemerkung

Nach § 4 Absatz 1 BauGB haben sich die Träger öffentlicher Belange gegenüber der Gemeinde über den nach ihrer Auffassung erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Ihre Äußerung wird die Gemeinde in die Entscheidung nach § 2 Absatz 4 Satz 2 BauGB einbeziehen.

Soweit nach Ihrer Auffassung die Verwirklichung der beabsichtigten Planung wegen nicht durch Abwägung oder durch die Erteilung von Ausnahmen/Befreiungen überwindbarer rechtlicher Vorgaben nicht möglich sein wird, bitten wir um entsprechende Hinweise unter Nennung der Rechtsgrundlagen.

Umwelt(verträglichkeits)prüfungen sind auf mehreren Ebenen erforderlich und sollen aufeinander aufbauen. Untersuchungen, die sachgerecht erst bei der Vorhabensgenehmigung durchgeführt werden können, sind im Rahmen der Bauleitplanung verfrüht. Wir bitten daher um Hinweise zur sachgerechten Aufteilung des nach Ihrer Auffassung insgesamt erforderlichen Untersuchungsumfangs.

Nach § 4 Absatz 2 BauGB haben die Träger öffentlicher Belange vorliegende Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Wir bitten um Mitteilung, welche entsprechenden Informationen bei Ihnen vorliegen.

Die Gemeinde hat im Umweltbericht die Maßnahmen anzugeben, die sie zur Überwachung erheblicher Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt beabsichtigt. Sie nutzt dabei nach § 4c BauGB die Informationen der Behörden nach § 4 Absatz 3 BauGB. Wir bitten um Vorschläge für geeignete Überwachungsmaßnahmen und Mitteilung, welche Überwachungssysteme bei Ihnen bereits bestehen.

Leerzeichen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen (X)

Stadt/Gemeinde/Amt	Lebus / Amt Lebus
Flächennutzungsplan	FNP 8. Änderung
Bebauungsplan	
vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan)	
sonstige Satzung	

Anlagen:

- (☐) Informationen über allgemeine Ziele und Zwecke der Planung und sich wesentlich unterscheidende Lösungen
- (☒) Vorentwurf (soweit bereits vorhanden)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange

Industrie- und Handelskammer

Ostbrandenburg

Geschäftsbereich Wirtschaft

Raumordnung und Bauleitplanung

Puschkinstraße 12b

15236 Frankfurt (Oder)

Tel: (03 35) 56 21-13 26

Fax: (03 35) 56 21-13 90

Bearbeiter: Annekathrin Kuß

kuss@ihk-ostbrandenburg.de

(☒) Derzeit keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung erkennbar.

(☐) Einwendungen

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a. Einwendung:

b. Rechtsgrundlage:

c. Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen):

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a. Insgesamt durchzuführende Untersuchungen

b. Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a. Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b. Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme

c. Weitergehende Hinweise

(☐) Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

(☐) Sonstige nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

22.08.2024

Datum



Unterschrift

GDMcom GmbH | Maximilianallee 4, 04129 Leipzig

MIKAVI Planung GmbH
Frau Lisa Köhn
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Ansprechpartner Ute Hiller
Telefon 0341/3504-461
E-Mail leitungsauskunft@gdmcom.de
Unser Zeichen PE-Nr.: 09034/24
Reg.-Nr.: 09034/24

**PE-Nr. bei weiterem
Schriftverkehr bitte unbedingt
angeben!**

Datum 26.07.2024

**8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus - Vorentwurf
(Bereich Vorhabenbez. B-Plan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen")**

Ihre Anfrage/n vom: an: Ihr Zeichen:
E-Mail 23.07.2024 GDMCOM wib/köh_3160

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:

Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein

- ¹⁾ Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).
- ²⁾ Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.

Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!

Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.



Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH

Darstellung angefragter Bereich: 1 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 52.399606, 14.486184

Mit freundlichen Grüßen
GDMcom GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig.-

Kostenlos mit BIL - BUNDESWEITES INFORMATIONSSYSTEM ZUR LEITUNGSRECHERCHE
<https://portal.bil-leitungsauskunft.de/login>

Anlagen: Anhang

Anhang - Auskunft Allgemein

zum Betreff: **8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus - Vorentwurf
(Bereich Vorhabenbez. B-Plan "Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen")**

PE-Nr.: 09034/24

Reg.-Nr.: 09034/24

ONTRAS Gastransport GmbH
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)
VNG Gasspeicher GmbH
Erdgasspeicher Peissen GmbH

Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s.
Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.

Auflage:

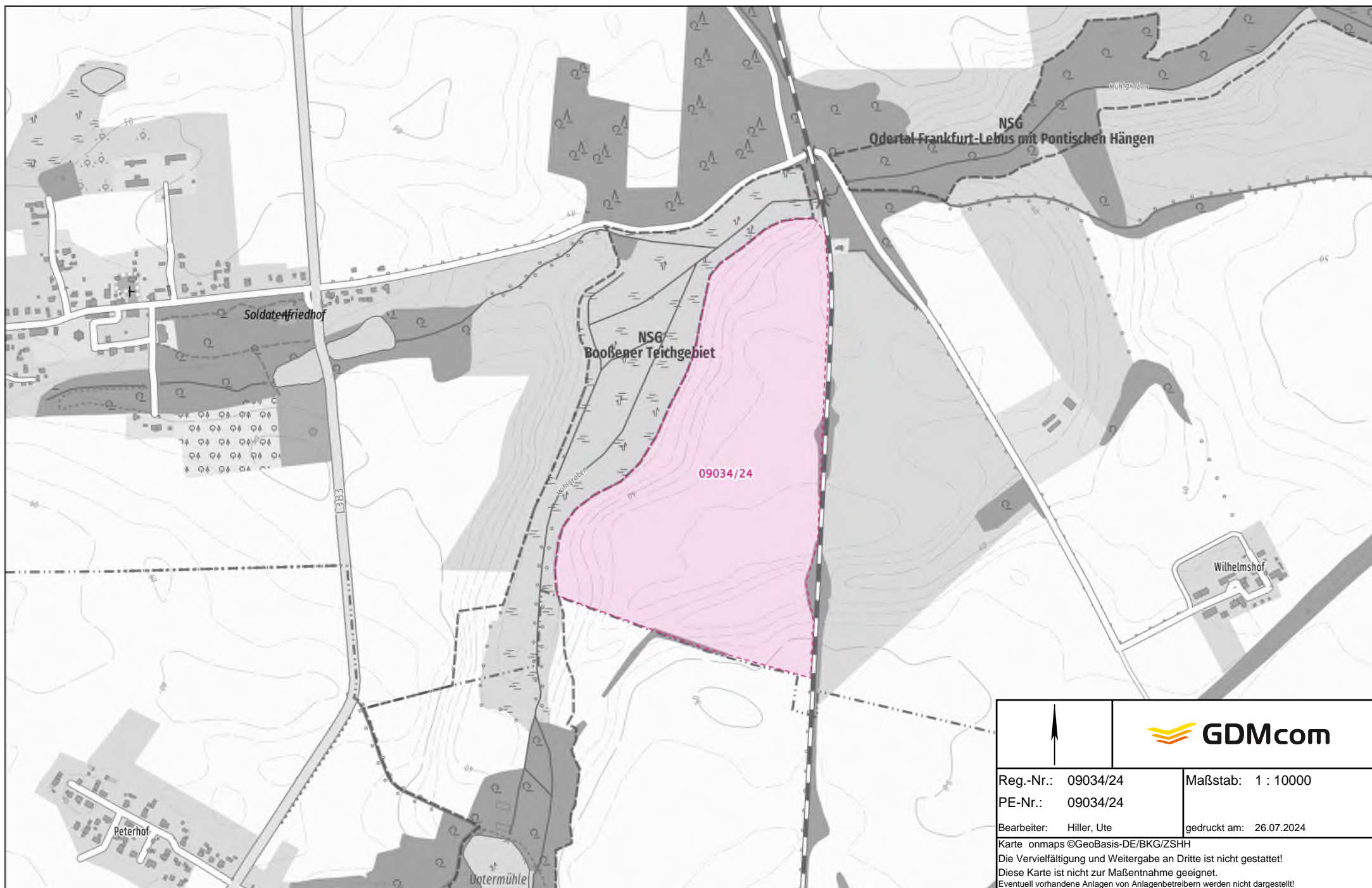
Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.

Weitere Anlagenbetreiber

Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig. -



			
Reg.-Nr.: 09034/24		Maßstab: 1 : 10000	
PE-Nr.: 09034/24		gedruckt am: 26.07.2024	
Bearbeiter: Hiller, Ute		Karte onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH Die Vervielfältigung und Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet! Diese Karte ist nicht zur Maßentnahme geeignet. Eventuell vorhandene Anlagen von Anlagenbetreibern werden nicht dargestellt!	

50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

50Hertz Transmission GmbH

OGZ
Netzbetrieb Zentrale

Heidestraße 2
10557 Berlin

Datum
26.07.2024

Unser Zeichen
2023-003560-02-OGZ

Ansprechpartner/in
Frau Froeb

Telefon-Durchwahl
030/5150-6710

Fax-Durchwahl

E-Mail
leitungsauskunft@50hertz.com

Ihre Zeichen
wib/köh_3160

Ihre Nachricht vom
23.07.2024

Vorsitzende des Aufsichtsrates
Catherine Vandenborre

Geschäftsführer
Stefan Kapferer, Vorsitz
Dr. Dirk Biermann
Sylvia Borchering
Marco Nix

Sitz der Gesellschaft
Berlin

Handelsregister
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 84446

Bankverbindung
BNP Paribas, NL FFM
BLZ 512 106 00
Konto-Nr. 9223 7410 19
IBAN:
DE75 5121 0600 9223 7410 19
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr. DE813473551



8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lebus - Anforderung einer Stellungnahme gemäß § 4 Absatz 1 BauGB

Sehr geehrte Frau Köhn,

Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.

Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden.

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußern wir uns als Leitungsbetreiber nicht.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Hinweis zur Digitalisierung:

Für eine effiziente Identifizierung der (Nicht-)Betroffenheit bitten wir bei künftigen Beteiligungen nach Möglichkeit um Übersendung der Plangebietsfläche(n) sowie eventueller externer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in einem standardisierten und georeferenzierten Geodaten austauschformat (vorzugsweise Shapefiles oder kml-Datei).

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck

Ihnen schreibt: Herr Wilhelm
Technische Verwaltung

Telefon: 03361 59659-43

technik@fuewasser.de

13. August 2024

8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Ihre E-Mail vom 23.07.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Zweckverband betreibt im Bereich der Änderung des Flächennutzungsplanes keine öffentlichen Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgungsanlagen. Öffentliche Anlagen zur Niederschlagswasserbeseitigung betreibt der Zweckverband in diesem Bereich ebenfalls nicht.

Berührungspunkte/Bedenken/Einwendungen

Es liegen seitens des ZVWA keine Berührungspunkte/Bedenken bzw. Einwendungen vor.

Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung

Es ist keine Trink- oder Abwassererschließung vorgesehen.

Niederschlagswasserentsorgung

Der Zweckverband ist als abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaft des öffentlichen Rechts auch für die Beseitigung des auf den Grundstücken anfallenden Niederschlagswassers zuständig.

Für das Plangebiet lassen die örtlichen Verhältnisse eine schadlose Unterbringung des auf den Grundstücken anfallenden Niederschlagswassers entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (§ 55 Abs. 2 WHG in Verbindung mit § 54 Abs. 4 BbgWG) zu. Dementsprechend ist das Niederschlagswasser auf den Grundstücken zu versickern, diese Anforderung ist als Festsetzung im B-Plan mit aufzunehmen. Siehe auch Abwasserbeseitigungskonzept des Zweckverbandes (ABK 2020), das auf der Homepage des Zweckverbandes unter www.fuewasser.de eingesehen werden kann.

Löschwasserversorgung

Zur Möglichkeit der Bereitstellung von Löschwasser aus dem öffentlichen Trinkwassernetz nehmen wir, wenn dies gewünscht sein sollte, gern gesondert auf Anfrage Stellung. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die Bearbeitung der Anfrage kostenpflichtig ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

i.V. B. Roden

Bastian Wolff
Techn. Geschäftsführer

Lisa Köhn

Von: ToeB-Verfahren@ewe-netz.de
Gesendet: Montag, 5. August 2024 08:21
An: Lisa Köhn
Betreff: AW: 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus,
Stellungnahme EWE NETZ GmbH 2024-6080 ID[#1695324880#75567526#
79401ac#]

Guten Tag,

vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

In dem angefragten Bereich betreiben wir keine Versorgungsleitungen oder -anlagen. Die EWE NETZ GmbH ist daher nicht betroffen.

Unsere Kontaktdaten haben sich geändert!

Ab sofort erreichen Sie unsere Fachabteilung für "Träger öffentlicher Belange" ausschließlich unter folgender eigenständiger E-Mailadresse:

ToeB-Verfahren@ewe-netz.de

Ändern Sie zudem, falls noch nicht geschehen, unsere postalische Anschrift wie folgt:

EWE NETZ GmbH
GE-AS Leitungsrechte
Cloppenburger Straße 302
26133 Oldenburg

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493155.

Freundliche Grüße

Ihr EWE NETZ-Team

Katja Mesch

EWE NETZ GmbH

Cloppenburger Straße 302
26133 Oldenburg

E-Mail: ToeB-Verfahren@ewe-netz.de

Internet: www.ewe-netz.de

Handelsregister Amtsgericht Oldenburg HRB 5236
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Urban Keussen
Geschäftsführung: Torsten Maus (Vorsitzender) Jörn Machheit

---- Ursprüngliche Nachricht ----

Von: "Lisa Köhn" <koehn@mikavi-planung.de>

Empfangen: 23.07.2024, 16:59

An:

Betreff: 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus

> Sehr geehrte Damen und Herren,

>

>

>

> im Auftrag der Stadt Lebus beteiligen wir Sie gemäß § 4 Abs. 1 BauGB als Träger öffentlicher Belange am o.g. Vorhaben.

>

>

>

>

>

> Mit freundlichen Grüßen

>

>

>

> Lisa Köhn

>

>

>

> MIKAVI Planung GmbH

>

> Mühlenstraße 28

>

> 17349 Schönbeck

>

> koehn@mikavi-planung.de

>

> www.mikavi-planung.de

>

> Tel. +49 3968 2111790

>

>

>

>

>

>

>

> Geschäftsführerin: Christiane Leddermann

> – Amtsgericht Neubrandenburg – HRB 21550 –

Von: Bach, Dimitrius <Dimitrius.Bach@gascade.de> im Auftrag von
Leitungsauskunft GASCADE <leitungsauskunft@gascade.de>
Gesendet: Freitag, 9. August 2024 13:37
An: Lisa Köhn
Betreff: WG: 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus
Anlagen: WG_8_ Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus.msg

Aktenzeichen: 20240809-132557

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben.

Wir, die GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber SEFE Energy GmbH (Rechtsnachfolgerin der WINGAS GmbH) sowie NEL Gastransport GmbH.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt **nicht betroffen** sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

Nachträgliche Lageänderungen in der Projektplanung bedürfen eines erneuten Antrags auf Zustimmung.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen, TÖB-Beteiligungen etc. an die oben genannten Anlagenbetreiber über das kostenfreie BIL-Onlineportal unter <https://portal.bil-leitungsauskunft.de> einzuholen sind.

Bitte richten Sie daher Ihre zukünftigen Anfragen an uns, direkt an das o.g. BIL-Portal.

.....
...

BIL – Der Auskunftsdienst einer starken Kooperationsgemeinschaft

Das BIL-Online-Portal ist eine Initiative und ein Zusammenschluss einer Vielzahl von Leitungsbetreibern. Gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern stellt das BIL-Online-Portal eine umfassende, spartenübergreifende sowie bundesweite Online-Leitungsauskunft bereit. Die Nutzung des BIL-Online-Portals ermöglicht Ihnen, Ihre Bau-/Planungsanfrage direkt online einfach und schnell zu formulieren. Bei Zuständigkeit erfolgt die Stellungnahme durch die jeweiligen Leitungsbetreiber und die rechtssichere Archivierung des gesamten Anfragevorganges vollständig digital und übersichtlich innerhalb des BIL-Online-Portals.

Weitere Informationen über BIL können Sie der Seite <http://bil-leitungsauskunft.de> entnehmen.

Welche personenbezogenen Daten unsererseits nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erhoben und verarbeitet werden, können Sie unserer Datenschutzinformation nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) entnehmen. Diese finden Sie im Internet unter <https://www.gascade.de/datenschutz>.

Mit freundlichen Grüßen

GASCADE Gastransport GmbH

Team Leitungsauskunft

E-Mail: leitungsauskunft@gascade.de

GASCADE Gastransport GmbH / Kölnische Straße 108-112 / 34119 Kassel, Germany



20240809-
132557_AD Check

www.gascade.de / [GASCADE@LinkedIn](https://www.linkedin.com/company/gascade)

Mit uns in die Wasserstoff-Zukunft:

[AquaDuctus](#)

[Flow - making hydrogen happen](#)



GASCADE Gastransport GmbH
Sitz der Gesellschaft: Kassel, Deutschland
Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13752
Geschäftsführer: Dr. Christoph-Sweder von dem Bussche-Hünnefeld, Ulrich Benterbusch
Aufsichtsratsvorsitzender: Mario Mehren

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

MIKAVI Planung GmbH
z.Hd. Frau Köhn

08/2024/Frau Pape-Zierke

Mühlenstraße 28

Potsdam, den 12.08.2024

17349 Schönbeck

tel.: 0331/20155-53

Vorab per Mail: koehn@mikavi-planung.de

**Vorläufige Stellungnahme der o.g. Naturschutzverbände zum
vBP Enerparc-Solarpark Wulkow-Booßen der Stadt Lebus, Wulkow b. Booßen,
Fl. 2, Flst. 66-72, 76, 77 und 176 (ca. 30ha)
Stand: Vorentwurf Mai 2024**

-gilt im übertragenen Sinn auch für die 8. Änderung des FNP der Stadt Lebus-

Ihr Zeichen: 30215 (BP) und 3160 (FNP)

wib/köh

Sehr geehrte Frau Köhn,

die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und äußern sich wie folgt.

Geplant ist die Errichtung eines Solarparks in einer Größe von ca. 30ha im Außenbereich auf derzeit intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen (Acker und Dauergrünland).

Im Osten grenzt die Bahnstrecke Frankfurt(Oder)-Eberswalde an und westlich des Plangebietes befindet sich der Mühlgraben als Gewässer II. Ordnung.

Die Planfläche verfügt von Nordwest zu Südost ansteigendes Gelände. Die Anlage ist auf dem Plateau geplant.

Schutzgebiete (FFH/NSG Booßener Teichgebiet und SPA Mittlere Oderniederung) befinden sich in ca. 2.000m Entfernung.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan wird die Flächen folgerichtig als *Flächen für die Landwirtschaft* ausgewiesen.

Das Vorhaben ist gemäß BauGB nicht privilegiert.

Grundsätzliches:

Die Verbände begrüßen grundsätzlich den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien, zu denen auch die Photovoltaik gehört.

Dennoch werden im vorliegenden Fall Bedenken angemeldet:

Die Verbände sehen die flächenmäßige Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen kritisch, da diese letztendlich der landwirtschaftlichen Produktion (30ha) entzogen werden. Darüber hinaus ist der Planunterlage zu entnehmen aus, daß landwirtschaftliche Fläche mit höherer Bodenzahl (**nur 5% darunter!**) in Anspruch genommen wird.

Auch das halten wir für problematisch, wenn höherwertige Böden der landwirtschaftlichen Nutzung nicht mehr zur Verfügung stehen.

So sind Bodenpunkte von im Durchschnitt über 23 für brandenburger Verhältnisse durchaus landwirtschaftlich nutzbare ertragreiche Böden (entgegen der Aussage der Planbegründung).

Nicht umsonst geht der **Regionalplan Oderland-Spree** bei Bodenpunkten von bis zu 23 von einer besonderen Eignung für eine Solarnutzung aus. Bei darüber liegenden Bodenpunkten ist nur eine bedingte Eignung und Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung gegeben.

Eine Umnutzung von ldw. Flächen ist nur bei begründeten Ausnahmefällen möglich, s. BauGB (**Umwidmungssperre-§1a Abs 2 S. 2 BauGB**).

Wir verweisen auf die gewerblichen Bauflächen, deren Dachflächen mit Solarpanelen ausgerüstet werden können, ohne zusätzlichen Boden zu beanspruchen.

Die landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche als Offenlandbereich ist immer auch Nahrungsgebiet/Lebensraum für eine Vielzahl von Vögeln, Fledermäusen und Insekten. Dabei weisen wir hier insbesondere auf den Mühlgraben mit seinen angrenzenden Uferbereichen hin. Diese strukturierte Landschaft bietet Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen.

Ein abschließender Umweltbericht liegt noch nicht vor.

Die Verbände fordern vorsorglich jedoch eine schutzgutbezogene **Eingriffs-/Ausgleichsbilanz** und ein qualifiziertes **Artenschutzfachgutachten** (Vögel/Fledermäuse/Reptilien/Amphibien).

Vorsorglich weisen wir darauf hin, daß unserer Auffassung nach die Mehrversiegelung adäquat nur durch Entsiegelungsmaßnahmen erfolgen kann.

Wir verweisen mit Nachdruck auf die HVE (MLUV 2009-Pkt 12.5), wo Versiegelungen vorrangig durch Entsiegelungsmaßnahmen im Verhältnis 1:1 auszugleichen sind.

Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung HVE unter: https://mlul.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/hve_09.pdf (04.01.2019)

Die hier vorgeschlagene Kompensation innerhalb des Plangebietes (Maßnahmefläche C), die eine Umwandlung von Ackerfläche in „*naturnahe*“ Wiese beinhaltet, wird kritisch gesehen, obwohl die Schaffung einer nicht intensiv bewirtschafteten Fläche entlang des Mühlgrabens durchaus ökologisches Potential entwickeln kann. Die Maßnahme „naturnahe“ Wiese ist zu definieren (Was ist das/was soll das sein?).

Es sind bislang keine Festsetzungen getroffen, wie lange die ackerbauliche Nutzung ausgesetzt werden soll. Wir gehen derzeit davon aus, daß diese Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung dauerhaft entzogen wird.

FAZIT

Bedenken werden angemeldet, da die Planfläche als landwirtschaftliche Fläche fast ausschließlich über Bodenzahlen verfügt, die eine landwirtschaftliche Nutzung erfolg- und ertragreich ermöglicht.

Insbesondere im westlichen Bereich grenzen in ca. 150m-Entfernung naturschutzfachlich wertvolle Gebiete an, deren Beeinträchtigung derzeit aufgrund des noch ausstehenden Umweltberichtes mit Artenschutzfachbeitrag nicht abschließend abschätzbar ist.

Die Errichtung der Anlage auf dem Plateau ist mit weithin sichtbaren Eingriffen in das Landschaftsbild verbunden. Hier sollte eine visualisierte Darstellung ergänzt werden.

Die Naturschutzverbände orientieren auf die höhere Inanspruchnahme von Dachflächen, um die Inanspruchnahme von Grund und Boden (welche Art auch immer) zu minimieren.

Insbesondere verweisen wir auf die Beachtung der

Handlungsempfehlungen des MLUK vom März 2021

Wir gehen davon aus, daß diese in ihrer Gesamtaussage bei der weiteren Planung auch Berücksichtigung finden.

Sollte an der Fläche festgehalten werden bitten wir um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren einschließlich der Kenntnisgabe der Abwägungsentscheidung.

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Köhn

Von: Trapp, Hans-Christian <Hans-Christian.Trapp@amt-odervorland.de>
Gesendet: Dienstag, 30. Juli 2024 17:07
An: Lisa Köhn; Kathleen Wibranek
Betreff: AW: 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus - Amt Odervorland

Sehr geehrte Frau Köhn, sehr geehrte Frau Wibranek,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass kein keine der amtsangehörigen Gemeinden eine Betroffenheit durch die Planung besteht.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Hans-Christian Trapp
Bauamt
Amt 2 - Bau- und Ordnungsamt

E-Mail: Hans-Christian.Trapp@amt-odervorland.de
Telefon: +49 33607 897 62



Amt Odervorland
Bahnhofstraße 3-4, 15518
Briesen (Mark)

Tel.: +49 33607 897-0
Fax: +49 33607 897-99
Website: www.amt-odervorland.de

Amt Odervorland
Außenstelle Steinhöfel
Demnitzer Straße 7, 15518
Steinhöfel

Tel.: +49 33636 410-10
Fax: +49 33636 410-24

Rechtsverbindliche Erklärungen und Anträge, die nach geltendem Recht der Schriftform bedürfen und nur durch ein elektronisches Dokument in Verbindung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur ersetzt werden könnten, müssen daher weiterhin auf dem Postweg übermittelt werden.

Von: Lisa Köhn <koehn@mikavi-planung.de>
Gesendet: Dienstag, 23. Juli 2024 16:44
Cc: Kathleen Wibranek <wibranek@mikavi-planung.de>
Betreff: 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Lebus

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der Stadt Lebus beteiligen wir Sie gemäß § 4 Abs. 1 BauGB als Träger öffentlicher Belange am o.g. Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Köhn



MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstraße 28
17349 Schönbeck
koehn@mikavi-planung.de
www.mikavi-planung.de
Tel. +49 3968 2111790

Geschäftsführerin: Christiane Leddermann
– Amtsgericht Neubrandenburg – HRB 21550 –



GEWÄSSER – UND DEICHVERBAND ODERBRUCH

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Träger der SERVICE – STATION "Östliches Brandenburg"
Der Verbandsvorsteher



1717

Gewässer- und Deichverband Oderbruch · Feldstraße 3d · 15306 Seelow

Telefon: (03346) 8988-0
Fax: (03346) 88931
E-mail: gedo@gedo-seelow.de

MIKAVI Planung GmbH
Mühlenstr. 28
17349 Schönbeck

nur per E-Mail: koehn@mikavi-planung.de

Ihre Zeichen
23.07.2024_wib/köh_3160

Unsere Zeichen
hu

Datum
25.07.2024

8. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Lebus Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Durchsicht der eingereichten Unterlagen bestehen von Seiten des Gewässer- und Deichverbandes Oderbruch keine Einwände zur o.g. Änderung des FNP.

Im Änderungsplangebiet befinden sich keine Gewässer und wasserwirtschaftlichen Anlagen 2. Ordnung, die in der Unterhaltungspflicht unseres Verbandes liegen.

Mit freundlichen Grüßen


Julien Butschke
Geschäftsführer